This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Ger
2395
75

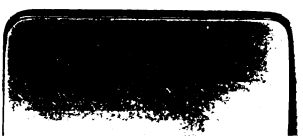
Ger 2395.75

Harvard College Library

FROM THE

MARY OSGOOD FUND

"To purchase such books as shall be most needed for the College Library, so as best to promote the objects of the College."



Deutsche Politik

von

Ernst Hasse.

Zweiter Band:

Weltpolitik.

Erstes Heft:

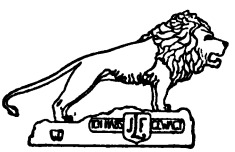
Weltpolitik, Imperialismus und Kolonialpolitik.

München.
J. F. Lehmann's Verlag
1908.

Weltpolitik, Imperialismus und Kolonialpolitik.

von

Ernst Hasse.



München.
J. F. Lehmann's Verlag
1908.

Ec 2395.75

Mary Osgood fund

Inhalt:

I. Ausdehnungsmöglichkeiten . . . . . 1—4
II. Abhängigkeitsverhältnisse . . . . . 5—7
III. Weltwirtschaft und Weltpolitik . . . . . 8—9
IV. Imperialismus . . . . . 10—12
V. Britischer Imperialismus . . . . . 13—21
VI. Amerikanischer Imperialismus . . . . . 22—24
VII. Asiatischer Imperialismus . . . . . 25—27
VIII. Russischer Imperialismus . . . . . 28—34
IX. Andere Weltmächte . . . . . 35—37
X. Deutsche Weltwirtschaft und deutsche Weltpolitik . . . 38—60
XI. Deutscher Imperialismus . . . . . 61—71

46

Meisenbach Riffarth & Co., München.

I. Ausdehnungsmöglichkeiten.

Das den Fragen der Weltpolitik, des Imperialismus und der Kolonialpolitik Gemeinsame ist die Ausdehnungslust eines Volkes oder eines Staates. Die wissenschaftliche Behandlung dieser Fragen wird wesentlich dadurch erschwert, daß die Grenzen zwischen den Bestrebungen eines Volkes und zwischen denen eines Staates nicht bestimmt gezogen werden können.

Die Ausdehnung ist ein notwendiger Entwickelungsvorgang eines gesunden Lebewesens. Zeugung und Geburt sind Ausdehnungen, Ausbreitungen, der Tod ist ein Zurückgehen, ein Verschwinden. Bei Völkern und Staaten kann die Ausdehnung sich räumlich oder nach der Menge vollziehen, und gesunde Völker müssen sich entweder in der einen oder anderen Weise oder in beiden Arten ausdehnen. Dabei ist dann die Gesundheit des Volkes im weitesten Sinne das Ziel der Heimatpolitik, die Kolonisation aber nur eine der verschiedenen möglichen Formen der Ausdehnung, die Kolonialpolitik nur eine Art der auf diese Ausdehnung gerichteten Bestrebungen. Das letzte, wenn auch oft unbewußte Ziel der auf Ausdehnung gerichteten Bestrebungen der Völker ist aber eine Neuaufteilung der Erde. Diese ist niemals eine endgültige. Sie wird unzählige Male wiederholt, dann, wenn sich die Machtverhältnisse und die Ausdehnungsmöglichkeiten der Völker und Staaten verändern.

Niemand pflegt an den Ausdehnungsbestrebungen der Völker Anstoß zu nehmen. Sobald aber diese Bestrebungen auch zu Versuchen der Staaten führen, ihre Grenzen nach auswärts zu verrücken oder sich außerhalb ihrer Grenzen zu betätigen, dann schreien Manchesterleute und Friedensengel über Chauvinismus, obgleich es sich doch nur um eine andere Gestaltung oder um eine Fortsetzung der Entwickelungsbewegungen der Völker handelt.

Die Ausdehnungsmöglichkeiten der Völker bestehen im wesentlichen in der Steigerung ihrer Volkszahl in der Heimat, in der Auswanderung in fremde Gebiete (ohne Kolonisation), in der Besiedelung fremder Gebiete (Kolonisation im engeren Sinne), und in der Erwerbung neuer Absatzgebiete für die Ausfuhr von Gütern der eigenen Erzeugung.

Die Ausdehnungsmöglichkeiten der Staaten sind räumlicher Natur. Sie bestehen in der Herstellung von Beziehungen zu fremden Staaten, in der Ordnung solcher Beziehungen und in ihrem Fortschritte zu Abhängigkeitsverhältnissen, in der friedlichen oder kriegerischen Erwerbung von Gebieten außerhalb der bisherigen Grenzen sei es in dem heimischen Erdteil oder in Uebersee. Es handelt sich also hierbei für uns Deutsche um Ausdehnung der Reichsgrenzen und die Gewinnung europäischer Einflußgebiete (Zollverein), um die Gewinnung mittelbarer Herrschaftsgebiete in Europa, um die Gewinnung überseeischer Vertragsgebiete und Einflußgebiete oder um die Gewinnung von Kolonien und Schutzgebieten in der Gestalt von Kultivationen oder überseeischen Siedelungsgebieten (Kolonien im engeren Sinne des Wortes).

Die Ausdehnungsmöglichkeiten und Bestrebungen vollziehen sich in den Formen der Weltwirtschaft, der Weltpolitik, der Weltmacht, der Alleinherrschaft, des Imperialismus und der Kolonisation. Diese Ausdrücke werden heute leider vielfach noch als gleichbedeutend gebraucht. Und doch handelt es sich hierbei nicht bloß um verschiedene Ausdrücke, sondern auch um verschiedene Begriffe. Wir wollen im nachstehenden versuchen, einige Grenzlinien zwischen diesen Begriffen zu finden. Daß es sich in der Tat um wesentlich verschiedene Dinge handelt, ergibt sich schon daraus, daß bei einigen ungewollte tatsächliche Zustände herbeigeführt, bei anderen bestimmte Ziele angestrebt werden, die gewöhnlich nicht restlos erreicht werden. Es ergibt sich dies aber auch daraus, daß die Hilfsmittel der Ausdehnung außerordentlich verschiedene sind. Wir nennen aus ihrer Zahl jetzt hier schon nur die Auswanderung, die Eroberung, die Vertragsschließung, die heimische Gesetzgebung in Schiffahrtsfragen, Schutzzöllen und Grenzsperren, sowie die handelspolitische Anstrebung von Weltmonopolen.

Die Weltwirtschaft als etwas Tatsächliches kann bestehen ohne Weltpolitik und die Weltpolitik kann eine Weltwirtschaft fördern ohne zur Weltmacht zu führen. Weltreiche und Weltstaaten können entstehen, ohne daß eine Weltherrschaft angestrebt wird. Großstaaten brauchen nicht Weltstaaten zu sein. Und ein Imperium braucht nicht zur Weltherrschaft zu führen.

Wenn den meisten dieser Ausdrücke und Begriffe das Wort Welt gemeinsam ist, so liegt hierin kein Merkmal des Größenwahns, den gewisse wirtschaftspolitische Menschen und politische Parteien hierin erblicken wollen, sondern es handelt sich hier einfach um den Fortschritt der Verhältnisse eines Erdteils zu den Gesamtbeziehungen der gewöhnlich Welt genannten bewohnten Erde. Wenn man bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts vom europäischen Gleichgewicht sprach, so wird man für diesen Begriff heute einen neuen Ausdruck finden müssen, indem man etwa von der Gleichberechtigung der Weltmächte spricht. Eine Verkennung dieser Gleichberechtigung finden wir in dem Bestreben von Weltmächten sich zu Mächten von noch größerer Macht zu entwickeln. Früher sprach man hier von Universalmonarchien, Weltmonarchien oder von Weltreichen. Man meint Weltmächte, die eine Herrschaft über die ganze bewohnte Erde oder über einen oder mehrere Erdteile in Anspruch nehmen, (Weltherrschaft) so wie dies Rußland in Europa und Asien, die Vereinigten Staaten für die beiden Amerika und Großbritannien für alle Erdteile tun. Ausdehnungsbestrebungen von diesem Umfange haben in der Tat etwas Krankhaftes, etwas Größenwahnsinniges und man durfte deshalb wohl auch vom Größenwahnsinn eines Kyros, Alexander, Cäsar, Dschingiskan, Karl V. und Napoleon reden, vielleicht auch von dem eines Chamberlain.

Auffälligerweise sind die Bestrebungen zur Aufrichtung von Weltreichen in den meisten Fällen verquickt gewesen mit den Bestrebungen zur Herstellung eines sogenannten ewigen Friedens. Gewiß ist es rein äußerlich betrachtet richtig, daß da, wo Gegner nicht mehr bestehen, wo alles einem einzigen Willen gehorcht, daß da Kriege nicht mehr geführt zu werden brauchen. Aber es war doch entweder ein Selbstbetrug oder eine Maske, wenn die Welteroberer die von ihnen entfachten Weltkriege mit dem Ziel des ewigen Friedens zu begründen oder zu entschuldigen trachteten. Denn der Gedankenfehler bestand eben darin, daß eine Weltherrschaft niemals wirklich und restlos aufgerichtet werden kann. Wohl möglich, daß Alexander der Große glaubte, die Welt zu beherrschen, als er aus Indien zurückkehrte, möglich, daß man in Rom glaubte den Janustempel schließen zu können, nachdem die Römer den damals bekannten Teil von Europa, Afrika und Asien unterjocht hatten, möglich, daß die Kalifen und die römischen Kaiser deutscher Nation glaubten, ein Hirt werde eine Herde führen können.

Jedenfalls haben aber die Bemühungen, einen ewigen Frieden

herzustellen, jedesmal zu nahezu ewigen Kriegen geführt. Man sollte sich dies heute merken, wo man Abrüstungsbestrebungen heuchelt und Friedensschalmeien bläst. Das einzige, was aus jenen Gedankengängen fruchtbar geworden ist, bestand in der Schaffung eines Völkerrechtes und in der Anbahnung des sogenannten europäischen Gleichgewichtes.

Man hat sich daran gewöhnt, bei den Ausdehnungsbestrebungen europäischer Völker und Staaten die Ausdehnungsgebiete in fremden Erdteilen zu suchen. An sich ist dies keineswegs notwendig. Die Wahrscheinlichkeit der Betätigung in Uebersee ist nur deshalb eine größere als in Europa, weil in dem letzten geordnetere, gefestigtere Verhältnisse bestehen. Aber von dem Satze, daß alle menschlichen und natürlichen Dinge im Fluß begriffen sind, machen auch die Grenzen europäischer Staaten keine Ausnahme. Und es ist nur als eine Gedankenlosigkeit oder als eine veraltete Zunftregel der Diplomaten zu bezeichnen, wenn sie so tun, als wären die Grenzen der von ihnen vertretenen Staaten für die Ewigkeit abgesteckt. Für Ausdehnungsbestrebungen der Großstaaten gibt es allerdings gewisse natürliche Grenzen. Diese Hemmungen,*) diese Grenzen oder wie man sich ausgedrückt hat, die Zersetzungsbedingungen des Imperialismus liegen im wesentlichen in dem Nationalismus, von dem wir in dem 1. und 4. Heft unserer Heimatspolitik gesprochen haben. Für die kleineren Völker und Staaten gibt es solche Schranken allerdings nicht, weil sie eben in unserer Zeit des Großen und Massenhaften nicht nur die Berechtigung zur Ausdehnung, sondern sogar die zum Fortbestehen verloren haben.**)

Die Großstaaten haben in der Regel die Wahl, ob sie sich zu einem Nationalstaate oder zu einem Weltstaate fort entwickeln wollen. Kann die Ausdehnung sich nicht auf der Grundlage des Siedelungsgebietes des eigenen herrschenden Volkes vollziehen, so wird die Entwickelung zum Nationalstaat unmöglich gemacht, aber auch die zum Weltstaat erschwert, weil die räumliche Ausdehnung große Massen von Angehörigen fremder Nationen bedingt, wie wir dies im kleinen in Ungarn, im großen in Rußland und nicht zum wenigsten sogar in Großbritannien mit seinem irischen Anhängsel erblicken.

---

*) Die Selbstzersetzung des Imperialismus von Dr. Albrecht Wirth in der Zeitschrift „Der Deutsche" vom 18. Mai 1907.

**) Welches diese Siedelungsgebiete kleiner Völker sind, die einen Spielraum für die Ausdehnungsluft der großen Völker bilden, davon haben wir Band I, Heft 3., Seite 166, gesprochen.

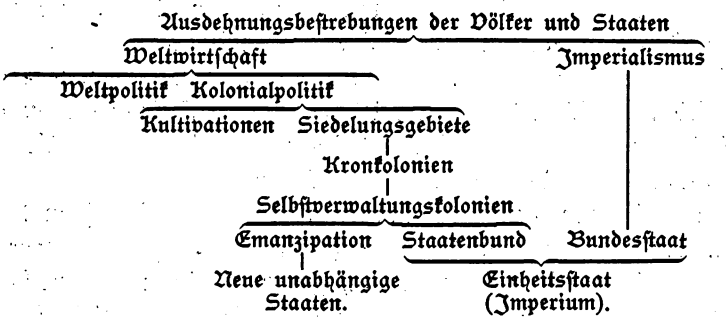
II. Abhängigkeitsverhältnisse.

Auch auf dem Gebiete der Ausdehnungsbestrebungen der Staaten vollzieht sich ein gewisser Kreislauf in den bisher fremden Ausdehnungsräumen, wo die Herrschaftsausübung in der Regel stufenweise gesteigert wird, dann eine rückläufige Bewegung dadurch eintritt, daß die Bewohner der abhängigen Ausdehnungsgebiete sich zur Selbstververwaltung oder zur Unabhängigkeit weiter entwickeln, daß aber diese rückläufige Bewegung auch nur in einigen Fällen ihr letztes Ziel, die völlige Souveränität erreicht, in anderen Fällen aber wiederum unterbrochen wird durch Bestrebungen der Wiederzusammenfassung der auseinanderfallenden Teile im Rahmen höherer Einheiten, etwa Zollvereinen, Bünden, Bundesstaaten, Staatenbünden, Imperien.

Wenn es sich um die Ausdehnung im räumlichen Anschluß an die heimischen Staatsgebiete handelt, dann pflegt das Abhängigkeitsverhältnis zuerst ein wirtschaftliches zu sein, später zu einem völkerrechtlichen und endlich zu einem staatsrechtlichen aufzusteigen. Die Hilfsmittel der Steigerung sind entweder die Auswanderung in Grenzgebiete, oder die wirtschaftliche Ausbeutung der Ausdehnungsgebiete, oder die Steigerung der Verkehrsverhältnisse mit einer Verschiebung zugunsten des sich ausdehnenden (vorherrschenden) Staates, z. B. in Eisenbahntarifen.

Handelt es sich um die Ausdehnung in überseeischen Gebieten, dann pflegt die Stufenleiter der Abhängigkeitsverhältnisse die folgende zu sein: zuerst erfolgt die Erkundung des fremden Gebietes durch wissenschaftliche Reisende, durch Händler oder Missionare, dann folgt die Duldung des eigenen Handels im fremden Gebiete unter Ausbeutung desselben im Raubbau; es folgt die vertragsmäßige Sicherung von Rechten des Handels, des Verkehrs und der Missionierung, dann eine Bewucherung und später eine militärische Oberherrschaft. Erst später tritt eine mittelbare gebietliche Herrschaftsausübung ein, durch Zwischenglieder oder Zwischenverhältnisse wie Kolonialgesellschaften und Handelsgesellschaften, Bündnisverträge und Pachtverträge. Den Schluß bildet

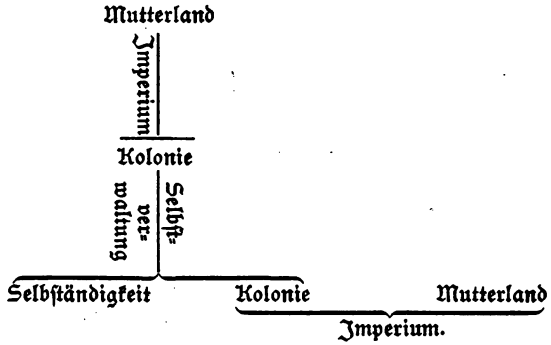
eine territoriale unmittelbare Herrschaftsausübung seitens des europäischen Landes in den Formen der Kultivation und Kolonisation mit oder ohne Besiedelung des Ausdehnungsgebietes. Wird das Ausdehnungsgebiet von der Heimat, wenn auch nur zum Teil besiedelt, dann vollziehen sich die Loslösungsbestrebungen mehr in den Formen der gesteigerten Selbstverwaltung. Handelt es sich um die Herrschaftsausübung über große fremde Volksmassen, dann vollzieht sich die Loslösung häufiger durch gewaltsame Umwälzung. War das Ausdehnungsgebiet schon ein Teil des Siedelungsgebietes des heimischen Volkstums geworden, so wird die Loslösungsbewegung entweder unterbrochen oder es erfolgt eine Wiederzusammenfassung von der wir oben sprachen, wofür die Kolonisationen der Griechen und der Angelsachsen lehrreiche Beispiele bieten. Diese Entwickelung und die Beziehung zwischen Weltpolitik, Imperialismus und Kolonialpolitik werden durch das nachstehende Schema veranschaulicht:



Die Weltpolitik umfaßt das Weitere, die Kolonialpolitik das Engere. Die letztere versucht Abhängigkeitsverhältnisse herzustellen, die bis zum ausschließlichen Besitz, zur vollen Herrschaft fortschreiten und gewöhnlich die Zwischenstufen: Duldung, Vertrag, Meistbegünstigung, Vorzugsrechte, Monopol, Herrschaft durchmachen — während die Weltpolitik auch auf die Herstellung gleichgeordneter (koordinierter) Verhältnisse zwischen Staaten und Wirtschaftsgebieten abzielt. Deshalb können Staaten Weltpolitik ohne Kolonialpolitik treiben, während die Kolonialpolitik eine Betätigung der betreffenden Staaten auch auf anderen Gebieten aktiver Weltpolitik voraussetzt.

Die Kolonien sind im Anfang und am Ende ihrer Entwickelung Glieder eines Imperium, nicht aber in dem mittleren Abschnitt der fortschreitenden Selbstverwaltung. Im Anfang ist ein gewisser Absolutismus in der Verwaltung der Kolonien nötig und nützlich, die Mitwirkung des Parlaments des Heimatlandes sogar gefährlich (Leopolds v. Belgien

Meinung über den Kongostaat). Der Fortschritt in der Selbstverwaltung führt zu einer erneuten Entscheidung zwischen völliger Selbständigkeit oder zur Anteilnahme an einem Imperium in Gleichberechtigung mit dem Mutterlande:



Musterbeispiele für Abhängigkeitsverhältnisse der verschiedensten Art hat von jeher Oesterreich geboten. Wir meinen die früheren Besitzungen Oesterreichs in den Niederlanden und in Italien und seine heutigen Besitzungen in Galizien, der Bukowina, Bosnien und der Herzegowina. Man würde alle diese Gebiete Kolonien genannt haben, wenn sie nicht in Europa liegen würden. Andererseits waren oder sind sie nicht Provinzen, d. h. organische Bestandteile des Stammstaates. Sie waren vielmehr Fremdkörper in verschieden abgestuften Abhängigkeitsverhältnissen und sie sind es tatsächlich geblieben (Galizien und Bukowina) auch dann, wenn der neuzeitliche Verfassungsstaat sie zu gleichberechtigten Teilen des Staatsganzen stempelte. Auch Ungarn ist noch immer ein Abhängigkeitsgebiet Oesterreichs und wird es bleiben, trotz aller staatsrechtlichen Gleichberechtigung.

III. Weltwirtschaft und Weltpolitik.

Die Ausdrücke „Volkswirtschaft" und „Nationalökonomie" beruhen eigentlich auf der Anschauung, daß im Gegensatze zur Einzelwirtschaft der einzelnen Haushaltung, die Gemeinwirtschaft sich im Rahmen eines einzigen Volkstumes, einer einzigen Nation abspielt. Es ist um so auffälliger, daß diese Ausdrücke ihre wissenschaftliche Bedeutung erst in einer Zeit fanden, wo die Gemeinsamkeit des Wirtschaftens sich schon zum großen Teile im Rahmen Europas vollzog. Wenn nun heute unsere Gemeinwirtschaft auf dieser unserer Erde kaum noch Grenzen kennt, wenn der Güteraustausch sich unter allen Völkern der Erde vollzieht, die man bedauerlicher- aber doch herkömmlicherweise die ganze „Welt" zu nennen pflegt, dann entsteht eben eine Weltwirtschaft. Und die für das einzelne Volk praktische Frage besteht lediglich darin, in welchem Grade seine nationale Wirtschaft zu einem Gliede der Weltwirtschaft geworden ist. Die Weltpolitik setzt erst dann ein, wenn dieser Entwickelungsgang der Anteilnahme an dem Wirtschaften der Welt künstlich beschleunigt oder verlangsamt werden soll.

Unter Weltwirtschaft versteht man also die Ausdehnung der wirtschaftlichen Tätigkeit auf die ganze Erde und die Einrichtung einer Arbeitsteilung, die alle Teile der Erde in die Gütererzeugung, den Güteraustausch und den Güterverbrauch einbezieht und die demgemäß den Zwischenverkehr zwischen den einzelnen Wirtschaftsgebieten, Staaten, Reichen, Erdteilen und Völkern steigert.

Die Weltpolitik will dafür sorgen, daß dieser Verkehr und dieser Güteraustausch sich auf die vorteilhafteste Weise für ein begrenztes Wirtschaftsgebiet vollziehen, daß die Zwischenverkehrsmittel (Handelsflotte, Telegraph, Bankwesen usw.) sich möglichst in den Händen dieses einen Wirtschaftsgebietes (Staates) befinden, daß sie gestützt und der nachteiligen Beeinflussung durch Fremde entzogen werden (Gesandtschaften, Konsulate, Schutzzölle, Unterschiedszölle, Navigationsakte, Schiff-

fahrtsbeihülfen, Grenz- und Kontinentalsperren, Handelsverträge, Zollvereine, Weltmonopole, Kriegsflotten, Landheere) und daß das betreffende Wirtschaftsgebiet eine genügende Ausdehnung gewinnt, um der Träger großer wirtschaftlicher Unternehmungen (Handel, Kapitalanlagen in der Fremde) sein zu können. Hierzu dienen friedliche oder kriegerische Ausdehnungen des Gebietes (Zoll- und Wirtschaftsvereine oder Kriege) in der Heimat, Erwerbung von Einflußgebieten, Schutzgebieten, Kolonien und Siedelungsgebieten in der Fremde.

Die Weltwirtschaft ist eine Entwickelungsstufe der Gemeinwirtschaft. Sie wird erreicht ohne wesentliche oder wenigstens ohne erkennbare Mitwirkung des Staates. Die Weltpolitik ist der auf bestimmte Ziele gerichtete Wille der Staatslenker. Die Weltwirtschaft kann sich betätigen, aber sie betätigt sich in unvorteilhafter Weise bei einem Verzicht auf Weltpolitik. In diesem Zustande befand sich Deutschland bis vor kurzem, so lange als es die Bevormundung und Bewucherung durch England, früher auch durch Frankreich und die Niederlande widerstandslos ertrug und es hinnahm, daß London, Paris und Amsterdam die Spediteure und die Bankherren des deutschen überseeischen Handels waren. Jede Weltpolitik muß mit einer Befreiung (Emanzipation) von fremden Einflüßen und Monopolen beginnen. Sie braucht aber nicht bis zur Herrschaftsausübung fortzuschreiten. Das überläßt sie dem Imperialismus.

IV. Imperialismus.

Noch in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts machte der Sprachgebrauch den Imperialismus zu einer Sache der inneren Politik der Staaten, zu einer Verfassungsfrage oder zu einem Regierungsgrundsatze. Man verstand unter Imperialismus einen Zustand der Staaten, in welchem, wie unter den römischen Kaisern, nicht das Gesetz, sondern die auf die Militärmacht sich stützende Willkür des Regenten herrscht.

Der neuzeitliche Ausdruck Imperialismus ist aufgekommen, als Disraeli die Königin Victoria bewog, den Titel „Kaiserin von Indien" anzunehmen. Vielleicht wäre es logischer gewesen, den Titel „Kaiserin von Großbritannien, Königin von England, Indien u. s. w. zu wählen, da der Kaisertitel das weitere, der Königstitel das engere umfaßt.

Auch in unserem 20. Jahrhundert herrscht keineswegs eine Uebereinstimmung über den heute täglich gebrauchten Ausdruck Imperialismus. Der Geschichtslehrer Erich Marcks*) verstand 1903 unter den imperialistischen Bestrebungen „den Zug zur Organisation im großen und größten, die enge Verbindung alles Wirtschaftlichen mit der politischen Macht, die ungeheure Verstärkung des Gewichtes der staatlichen Gesamtheit gegenüber allem Leben" — aber auch den „Zusammenschluß der Masse." Und der Parlamentarier Bassermann deutete noch 1907 den Ausdruck imperialistisch als gleichbedeutend mit kriegslustig, indem er**) sagte: „Man will mit der Abrüstungsfrage Deutschland in die Lage bringen, entweder zu sagen, nein, wir lassen uns in das Maß unserer Rüstungen nicht hineinreden; dann wird man Deutschland als den imperialistischen Staat, den Störenfried der Welt denunzieren; oder man sucht Deutschland zu einem schwächlichen Nachgeben zu bringen."

*) Die imperialistische Idee in der Gegenwart, von Erich Marcks. Neue Zeit- und Streitfragen, herausgegeben von der Gehestiftung zu Dresden. 1. Heft, Oktober 1903.

**) In seiner Rede in Magdeburg am 15. April 1907.

Der „Vorwärts" huldigte 1907 einer ähnlichen Auffassung, die den Imperialismus als Kriegslust deutete, indem er sagte: „Die Interessengegensätze der Nationen haben sich in der heutigen Aera des Imperialismus ebensowenig vermindert, wie die Klassengegensätze" usw. Nebenbei bemerkt, werden im Vorwärts Unterscheidungen gemacht zwischen deutschem und englischem Imperialismus. Der letztere, der nur handelspolitische Maßnahmen im Gefolge habe, wird natürlich gelobt, der deutsche aber, der kriegerische Verwickelungen herbeiführe, ebenso natürlich getadelt.

Der Franzose L. Bosc in seinem 1904 abgeschlossenen Buche über Zollallianzen und Zollunionen sagt: „Imperialismus ist Rassenhochmut, Glaube an ein grenzenloses Aufsteigen einer Nation, der Traum von einer politischen, militärischen, wirtschaftlichen und intellektuellen Vorherrschaft; er ist die Kraftanstrengung behufs Verwirklichung dieses Traumes."

Für uns ist der neuzeitliche Imperialismus nichts anderes, als eine der Formen der Ausdehnungsbestrebungen großer Völker und Staaten. Ob die Weltpolitik und die Kolonialpolitik als selbständige Bestrebungen neben dem Imperialismus hergehen oder ob der Imperialismus beide in sich schließt, darüber herrscht noch keine Uebereinstimmung. Jedenfalls betätigt sich der Imperialismus außerhalb der Grenzen des Mutterlandes, er ist ein System der auswärtigen Politik, das ebenso bei selbstherrlichen, wie bei verfassungsmäßig regierten Staaten, bei Monarchien, wie bei Freistaaten Platz greifen kann und tatsächlich Platz greift.

Der Imperialismus bedeutet ein Herrschaftsverhältnis oder das Streben, ein solches herzustellen. Über welche Herrschaft? Die Herrschaft über wen? Die Herrschaft über Teile des eigenen Volkes (Nationalstaat) oder auch über fremde Völker? Das hat im Laufe der Jahrhunderte gewechselt. Der Imperialismus von heute beschränkt sich nicht auf das eigene Volkstum. Er unterjocht auch fremde. Und welches ist die Form seiner Herrschaftsausübung? Auch hier sind alle Formen möglich, die Militärherrschaft aber nicht unbedingt nötig. In der Zeit der asiatischen Reiche, des römischen Weltreichs, der Weltreiche der Habsburger und Napoleons überwogen militärische Machtmittel und sie sind den heutigen Weltmächten auch nicht fremd: die Flotte (Großbritannien und Amerika) und das Landheer (Rußland). Aber in steigendem Maße bedient man sich wirtschaftlicher Mittel zur Herrschaftsausübung, wie der Navigationsakte (Cromwell), der Gewürzmonopole (Holland), der Kontinentalsperre (Napoleon), des Zollvereins (Groß-

britannien), der Beherrschung von Weltverkehrswegen (Suezkanal, Weltkabel).

Das Imperium und die auf die Herstellung großer Herrschaftsgebiete abzielenden Bestrebungen, also der Imperialismus, bilden eine höhere Stufe der Ausdehnungsbestrebungen, in dem sie Weltpolitik und Kolonialpolitik zusammenfassen, geschichtlich auf eine Zeit der Kolonisation folgen, die Ergebnisse der Kolonisation sichern und zu diesem Zwecke eine höhere Organisation schaffen, die über dem Reiche oder dem Staate steht. Auseinanderliegende voneinander abhängige Gebiete macht er unter sich gleichberechtigt und schafft Einrichtungen, die einem Bundesstaate ähnlich sind, in dem nicht nur gleichartige Volksbestandteile (Nationen) zusammengefaßt werden können, sondern auch Völker verschiedenster Abstammung, Nationalität und Kultur. Entwickelungsstufen des Imperialismus sind Kolonisation (oder Eroberung), Selbstverwaltung der neugewonnenen Glieder, ihre Gleichberechtigung, dann ihre Zusammenfassung zum Bundesstaat und endlich der Einheitsweltstaat (= imperium).

Wie sehr sich der Imperialismus als etwas anderes und umfassenderes von der Kolonialpolitik unterscheidet, das ergibt sich u. a. aus dem Vergleiche zwischen der Stellung Indiens und Aegyptens einerseits und Australiens, Südafrikas und Kanadas andererseits zu Großbritannien.

Welche eigentümlichen Formen der Imperialismus annehmen kann, das zeigt der Sudan. Dieses Gebiet ist staatsrechtlich betrachtet ein Vasallenstaat eines Vasallenstaates [Aegypten]. Und doch wird irgend welches Recht der Türkei auf den Sudan englischerseits bestritten, während die Herrschaft Englands über Aegypten bisher nur von Frankreich (als Gegenleistung für Marokko), sonst aber durch keine andere Großmacht völkerrechtlich anerkannt ist. Tatsächlich aber gehören Aegypten ebenso wie der Sudan (seit Faschoda) zu dem Herrschaftsgebiete, also zum Imperium Großbritanniens.

V. Britischer Imperialismus.

Die Grundlage für das römische Weltreich, das Heimatsgebiet des römischen Volkes war die italische Halbinsel. Aber noch ehe diese zu einem römischen Nationalstaat ausgebaut worden war, legte die römische Republik außerhalb Italiens den Grund zum römischen Weltstaat.

Der Heimatsraum des angelsächsischen Volkes liegt in den britischen Inseln. Aber noch ehe England, Schottland, Irland und Wales zu einem großbritannischen Einheitsstaate zusammengeschweißt worden waren, streckte England seine Arme aus in die weite Welt, um alles Erreichbare zu einem britischen Imperium zusammenzuraffen. Auch in dieser Beziehung sind die heutigen Angelsachsen die Nachfolger der alten Römer.

Die Grundlagen des heutigen britischen Imperialismus sind keineswegs erst in der langen Regierungszeit der Königin Viktoria im 19. Jahrhundert geschaffen worden, sie wurden vielmehr durch ihre große Vorgängerin, die Königin Elisabeth (1558—1603) gelegt. Diese zerstörte die spanische Armada 1588 durch die neugeschaffene britische Kriegsflotte; und indem sie an die ostindische Kompagnie 1600 den ersten Freibrief erteilte, schuf sie den Sockel zu dem indischen Kaiserthron ihrer Nachfolgerin Viktoria.

Die ganze gewaltige Kolonialgeschichte Englands ist nicht etwa gleichbedeutend mit dem britischen Imperialismus, sie ist nur ein Glied in der Herrschaftsausübung Englands außerhalb der britischen Heimatsinsel. Denn die großbritannische Kolonisation hat zwar große britische Kolonien und britische Kultivationen geschaffen, aber der englische Sprachgebrauch nennt mit Recht große Teile der auswärtigen Besitzungen Englands keineswegs Kolonien, sondern er spricht auch von „Dependenzen", er nennt Kanada eine „Dominion" und Indien ein „Kaiserreich".

Die Kämpfe, die um die Errichtung des britischen Weltreiches ausgefochten wurden, spielen sich auch keineswegs nur außerhalb Europas ab und sie betrafen keineswegs nur den britischen Kolonialbesitz. Das zeigte sich am deutlichsten unter dem zweiten Begründer des britischen Imperialismus, dem Lord-Protektor Cromwell (1649–1660)

insbesondere durch die unter seinem Regiment vom englischen Parlament am 9. Oktober 1651 erlassene Navigationsakte, die gegen den bis dahin vorherrschenden Handel und die Schiffahrt der Niederlande gerichtet war, diese 1652 zu einem Kriege reizte, der bis 1654 dauerte und die Niederlande zwang, die Ueberlegenheit der englischen Marine durch Flaggengruß vor englischen Schiffen anzuerkennen. Auch Spanien wurde im Kriege 1654—1658 dazu gezwungen, Jamaika erobert, eine Silberflotte erbeutet und Dünkirchen im Bunde mit Frankreich den Spaniern entrissen. Man kann in den staatlichen Maßnahmen des Lord-Protektor Cromwell die wirtschaftliche Grundlage des späteren britischen Imperialismus erblicken. Freilich gelang ihm nicht die Verwirklichung seines Planes, das gesamte spanische Amerika zu erobern oder sich in seine Herrschaft mit den Niederlanden zu teilen.

Es war vergebens, daß Frankreich unter der Republik und unter dem Kaiserreich dem britischen Imperialismus einen französischen entgegenzusetzen versuchte. Denn der am 1. Februar 1793 durch den französischen Konvent an Großbritannien erklärte Krieg, der 20 Jahre dauerte, erschütterte nicht, sondern festigte die Seeherrschaft Großbritanniens (die Siege Nelsons über die französische Flotte bei Abukir 1. August 1798 und bei Trafalgar 21. Oktober 1805). Und auch der echt imperialistische Gedanke Napoleons I., der sich in der Kontinentalsperre 1806 aussprach, führte zu einer Festigung der Handelsvorherrschaft Englands.

Merkwürdigerweise ist es den Angelsachsen gelungen, ebenso wie es den Römern gelungen war, die scheinbar gegensätzlichen geistigen Strömungen der führenden Geister des Volkes schließlich in den gemeinsamen Strom der Welteroberung und der Errichtung eines Weltreiches auslaufen zu lassen. Es ist das große Verdienst von Schulze-Gaevernitz*) dies nachgewiesen zu haben. Alle die sich ablösenden

*) Ueber den britischen Imperialismus ist eine ganze Literatur entstanden, die wir unmöglich hier vollständig aufführen können.

Das bedeutendste Werk ist unstreitig das von Dr. G. von Schulze-Gaevernitz, Professor der Nationalökonomie an der Universität Freiburg i. Br.: „Britischer Imperialismus und englischer Freihandel zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts" Leipzig, Duncker & Humblot 1906, 477 Seiten. Das Buch enthält viel mehr als der Titel andeutet, indem es auch den Imperialismus anderer Mächte behandelt und eine ganze Reihe von Fragen erörtert, die nur in mittelbarem Zusammenhang mit dem Imperialismus und der Wirtschaftspolitik stehen.

Eine gute Uebersicht über den britischen Imperialismus gibt auch das Werk von Dr. L. Bosc: „Zollallianzen und Zollunionen in ihrer Bedeutung für die Handelspolitik der Vergangenheit und Zukunft" aus dem Französischen ins

religiösen Kämpfe, die Lehren des Freihandels, wie die des Schutzzolles kamen dem britischen Imperialismus zugute. In der Kolonialpolitik hat England die strenge Manchesterlehre nur dort befolgt, wo sie den britischen Belangen günstig war. „Spanisch-Amerika frei und, wenn wir unsere Angelegenheiten nicht sehr schlecht führen, englisch! (Canning)".

Gewiß haben die Konservativen die imperialistische Entwickelung ganz besonders gefördert. Aber auch die Liberalen haben es niemals gewagt, wann sie am Ruder waren, diese Entwickelung in ihr Gegenteil zu kehren.

Freilich haben es die Engländer von jeher verstanden, der Welt dadurch Sand in die Augen zu streuen, daß sie eine Lehre angeblich ihrer Allgemeingültigkeit wegen verfochten (Cobden), die doch überhaupt oder wenigstens im gegebenen Augenblick nur den englischen Belangen zugute kam. Die Navigationsakte lief ganz gewiß den Lehren von Adam Smith unmittelbar entgegen. Das hinderte aber Adam Smith nicht, die Navigationsakte als „die beste aller englischen Handelsverordnungen" zu bezeichnen. Wann werden unsere deutschen Schulgelehrten und wann werden die Klopffechter unserer politischen Parteien sich endlich zu einer derartigen Höhe der Auffassung aufschwingen?

Ein Leitgedanke hatte allerdings trotz aller Schwingungen der englischen Volksseele diese jederzeit bewegt, der für unsere deutschen Menschheitsschwärmer und Gleichheitsmacher unverständliche Gedanke, daß das englische Volk etwas Höheres und etwas Besseres sei, als alle anderen Völker der Welt, und daß England eigentlich allen anderen Menschen und allen anderen Völkern eine Wohltat erweise, wenn es sie mit mehr oder weniger Zwang zu englischen Untertanen machte. Der alte jüdische Gedanke des auserwählten Volkes kehrt bei den Engländern der letzten drei Jahrhunderte wieder. Und so kommt es, daß das englische Nationalgefühl sich eigentlich gar nicht im Gegensatze befindet zu dem Menschheitsgedanken (Kosmopolitismus). Diese hochmütigen Gedanken entspringen dabei keineswegs den Gedankenkreisen von Weltkindern, sondern der religiösen Vorstellungswelt der Puritaner, deren Gedanken, weil sie nützlich und praktisch waren, das gesamte englische Volk und auch die Nichtpuritaner auf dem Wege der Selbstzucht sich angeeignet haben. Während unsere deutschen

---

Deutsche übersetzt von Dr. S. Schilder, mit einem Vorwort von Dr. H. Paasche. Berlin, E. Staude 1907.

Von einigem Belange ist ferner die Doktorarbeit des Prinzen Reuß j. L. Dr. Heinrich XXXIII. „Der britische Imperialismus" Berlin, Häring 1905.

Auswanderer oft die Heimat verließen, um aus dem aller Welt dienstbaren deutschen Volke in die Herrenvölker der Angelsachsen und Yankees aufsteigen zu können, verließen die puritanischen Pilgerväter das gastfreundliche Holland, um über dem Meere Engländer bleiben zu können.

Ein Volk, das so denkt, ist zur Weltherrschaft geschaffen*) und es braucht nur ab und zu hervorragende Führer, um ihm im einzelnen imperialistische Wege zu zeigen. An solchen Führern hat es den Briten niemals gefehlt. Aus ihrer großen Zahl erinnern wir nur an Lord Clive, den großen Begründer von Britisch-Indien und an seinen Nachfolger von heute, Lord Curzon, an den Minister Disraeli, der vielleicht weniger als Staatsmann wie als Romanschriftsteller zum Vorläufer des neubritischen Imperialismus wurde und der, wie oben erwähnt, die Veranlassung zur Aufnahme des Ausdruckes Imperialismus gab, an den liberalen Staatsmann W. E. Forster und an seine Rede über die angelsächsische Einheit, auch nicht zuletzt an Carlyle, als einen Vordenker des britischen Imperialismus. Auch die englischen Universitäten überwandten bald die Manchesterlehren und Männer wie der Geschichtslehrer Seeley förderten die imperialistische Stimmung unter den führenden Geistern Englands. Charles Dilke schrieb 1868 sein „Greater Britain".

Noch leben Chamberlain, Lord Curzon und Lord Cromer, der Organisator des britischen Egypten. Allerdings Cecil Rhodes — von dem der Ausspruch stammt: „Ausdehnung ist Alles" — ist tot (* 7. Juli 1853, † 10. April 1902).

Welches waren nun die Mittel zur Durchführung des britischen imperialistischen Gedankens? An erster Stelle steht die Navigationsakte; ein Gesetz, welches das republikanische englische Parlament am 9. Oktober 1651 erließ. Hiernach durften alle aus den fremden Erdteilen stammenden Waren nur durch britische Schiffe in Großbritannien und Irland und in den britischen Kolonien eingeführt und alle in Europa erzeugten Waren nur auf britischen oder solchen Schiffen eingeführt werden, die Eigentum des Landes waren, von welchem die Waren eingeführt wurden. Die Navigationsakte war eine Maßnahme nationaler Machtpolitik, die an Wucht und Bedeutung in der Wirt-

*) Ihm erscheint es auch nicht so widersinnig wie uns, daß „Großbritannien einen gottgewollten Anspruch auf konkurrenzlose Beherrschung des Welthandels besitzen will", und daß es seine Politik „altruistisch" zu nennen wagt.

schaftsgeschichte noch heute ihresgleichen sucht. Ihr Zweck war es, wie von Schulze-Gaevernitz sagt, nicht etwa die Belangen einzelner englischen Schiffsreeder zu fördern, sondern Hollands See- und Weltherrschaft zu brechen. „Nicht nur, daß dieses Gesetz von der Restauration übernommen und weiter verschärft wurde; auch Wilhelm III. war außerstande, die Aufhebung dieses Gesetzes zugunsten seines Heimatlandes durchzusetzen. Die Navigationsakte hat einzelne Interessen, insbesondere die der Kolonien schwer geschädigt. Trotzdem aber hielt die englische Nation mit zäher Ausdauer an ihr fest, bis ihr Zweck, die Herstellung der britischen Seeherrschaft, völlig erreicht war."

Das zweite imperialistische, wenn auch auf die Dauer am wenigsten haltbare Machtmittel bestand in der rücksichtslosen Anwendung des Merkantilismus auf die Kolonien. Dieses sogenannte „alte Kolonialsystem" wollte die Kolonien wirtschaftlich dauernd vom Heimatlande abhängig erhalten und versuchte den selbständigen Handel der Kolonien ebenso wie eine großgewerbliche Tätigkeit in den Kolonien unmöglich zu machen. Der ältere Pitt sagte: „die britischen Kolonisten von Nordamerika haben weder das Recht einen Nagel noch ein Hufeisen selbst herzustellen." Die Ueberspannung dieses alten Kolonialsystems führte bekanntlich zur Selbständigmachung der Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Dem Zwecke der Herstellung der britischen Handelsherrschaft diente im übrigen das Freihandelssystem. Und als dieses seinen Dienst geleistet hatte, ging England in seinem allerneuesten Imperialismus zu dem von ihm früher stets bekämpften Schutzsystem über, mit seiner unterschiedlichen Behandlung der britischen Kolonien und Abhängigkeitsgebiete gegenüber den anderen Teilen und Mächten der Erde (erstrebter Reichszollverein). Und ebenso nimmt der neubritische Imperialismus heute die von englischer Seite früher stets bekämpften Grundgedanken der militärischen Einrichtungen Deutschlands auf. (Reichswehrverein.)

Die neuesten Mittel zur Förderung der imperialistischen Bewegung bestanden in der Schaffung mehrerer Gesellschaften, der Imperial Federation League (November 1884, aufgelöst 1894), der United Trade League, der British Empire League und dem Fair Trade Club — vor allem aber in den Zusammenkünften der Premierminister der selbstverwalteten britischen Kolonien, die man bisher Kolonialkonferenzen nannte, obgleich sie eine über die Kolonien und die Kolonisation hinausgehende Bedeutung gewonnen haben. Die erste Inter-Kolonialkonferenz

fand im Jahre 1894 zu Ottawa statt, die zweite, dritte und vierte 1897, 1902 und 1907 in London.[1])

Die neueren britischen imperialistischen Bestrebungen zielen auf die Errichtung eines Bundesstaates, eines Reichszollvereins und eines Reichskriegsvereins ab.

Da die Abhängigkeit der großen englischen Kolonien und Besitzungen in Amerika, Afrika, Australien und Asien vom Mutterlande auf die Dauer unhaltbar ist, hat man sich zu einer Nebenordnung und zu einer, wenn auch nicht ausnahmslosen Gleichberechtigung dieser Abhängigkeitsgebilde mit dem Mutterlande entschlossen. Für die Unterordnung hatten sich viele Arten gebildet, für die Nebenordnung will sich keine geeignete Form finden. Auch fehlt eine zweckmäßige Instanz für die Beherrschung des ganzen britischen Bundesstaates oder Staatenbundes. Denn bisher ist es eigentlich nur zur Schaffung einer australischen Commonwealth und eines kanadischen Bundesstaates gekommen. Für das ganze britische Weltreich hat sich eine bundesstaatliche Verfassung noch nicht finden wollen. Als ausführbar erscheint nur die Beteiligung der Kolonisten an der Herrschaft im Privy Council, im Staatsrate, vielleicht auch die andere Gestaltung eines obersten gemeinsamen Gerichtshofes.

Über die Fortsetzung der gemeinsamen auswärtigen Vertretung des Weltreiches gegenüber dem Auslande macht große Schwierigkeiten. Dies zeigten die Versuche Australiens und der Kapkolonie 1884 in den kolonialen Verhandlungen mit Deutschland und die entsprechenden Versuche Kanadas in den handelspolitischen Verhandlungen mit Deutschland 1903 bis 1907.

Nicht mindere Schwierigkeiten bieten die Versuche zur Herstellung eines britischen Reichswehrvereins. Wenn schon im Mutterlande die Bevölkerung sich außerordentlich zögernd an den Gedanken der allgemeinen Wehrpflicht heranwagt, dessen Verwirklichung für imperialistische Zwecke doch unbedingt nötig ist, so gilt dies noch vielmehr von den

[1]) Diese letztere nun nicht mehr „Kolonialkonferenz" sondern „Reichskonferenz" genannte Zusammenkunft vom 15. April bis 15. Mai 1907 hat das nicht gehalten, was u. a. Dr. Karl Peters sich von ihr in einem vielbesprochenen Aufsatz in der Finanzchronik, London 13. April 1907, erwartete. Allerdings hat sie nach den Mitteilungen von Haldane sich mit der Organisation der lokalen Streitkräfte beschäftigt, um eine zweite große Verteidigungslinie hinter den regulären Streitkräften des Vereinigten Königreichs zu schaffen und durch Bestellung von Kommissionen eine Weiterentwickelung der innigeren Beziehungen zwischen Mutterland und Kolonien angebahnt.

Bevölkerungen der britischen Siedelungskolonien. Man weiß, welche klägliche Rolle im jüngsten Burenkriege die freiwilligen Truppen Kanadas und Australiens gespielt haben. Werden aber Kanada, Australien und auch Südafrika schon in Friedenszeiten stehende Heere aufstellen wollen, die dem örtlichen und dem Reichsbedürfnis wirklich genügen? Jetzt liegt der Schutz aller weit auseinanderliegenden Teile des britischen Weltreiches eigentlich nur dem heimischen Heere ob. Der Minister Balfour sagte im November 1903: „Die schwierigste Pflicht unseres stehenden Heeres ist nicht der Verteidigung des Mutterlandes, sondern die Verteidigung Indiens." Daran wird durch das Bündnis mit Japan auch nichts wesentliches geändert. In noch viel höherem Maße liegt der Schutz des gesamten Weltreiches der britischen Flotte ob. Im Augenblick wird diese ja in den europäischen Gewässern zusammengezogen, um das britische Heimatland gegen die angeblichen Bedrohungen vom Festlande aus zu schützen. Tatsächlich dient aber die britische Flotte doch ebensosehr dem Schutze der überseeischen Besitzungen Englands, wie der Aufrechterhaltung der heimischen Herrschaft über diese fernliegenden Teile des Reiches. Daß die letzteren sich aber nicht im gleichen Maße verpflichtet erachten wie das Heimatland, geht u. a. daraus hervor, daß im Jahre 1903 für die Erhaltung der Flotte vom Mutterlande 35 653 500 Pfund beigesteuert wurden, von den Kolonien aber nur 384 604 Pfund, während der von Sachverständigen angenommene Beitrag lediglich der Kolonien mit Selbstverwaltung sich auf 10 Millionen Pfund Sterling beziffern würde.

Großbritannien besitzt bekanntlich den Ehrgeiz, eine Flotte zu unterhalten, die derjenigen der verbündeten zwei oder drei größten Seemächte gewachsen ist. Wenn eine Berechtigung für diesen Gedanken vorliegt, dann findet sie sich doch nur in der Weltmachtstellung, also im Imperialismus des britischen Weltreiches begründet. Aber wir sehen, wie einseitig das Heimatland gegenüber den Kolonien und anderen auswärtigen Besitzungen belastet ist.

Für den Engländer kommt von allen Betätigungen des öffentlichen Lebens in erster Linie der Handel in Betracht. So konnte es denn nicht fehlen, daß die Freunde des britischen Imperialismus in der günstigen Gestaltung des englischen Handels neue Machtmittel zu gewinnen hofften. Nachdem Navigationsakte, Merkantilismus und Freihandel ihre Dienste getan und für neuzeitliche Zwecke nicht mehr verwendbar waren und für die größere Begünstigung des wirtschaftlichen Verkehrs zwischen dem britischen Mutterlande und allen seinen auswärtigen Be-

sitzungen nunmehr andere Formen gefunden werden mußten, ging man zur Formel des Fair trade an Stelle des Free trade über. Man will einen wirtschaftlichen Reichsbund, und zwar im wesentlichen einen britischen Zollverein begründen. Die Geneigtheit hierfür ist bemerkenswerterweise in den Kolonien größer als im Heimatland. Die ersteren hoffen sich bei Differenzialzöllen wohler zu befinden. Aber im Heimatland weiß man, daß die Haut, aus der alle Riemen geschnitten werden können, im wesentlichen in Zöllen auf Lebensmittel besteht. Und wenn sich auch die britische Bevölkerung während des Burenkrieges solche hat vorübergehend gefallen lassen, so ist sie doch seit der Aufhebung der Kornzölle durch Peel 1846 grundsätzlich gegen alle Zölle auf Lebensmittel eingenommen. Es wird sich darum handeln, ob es imperialistisch gesinnten britischen Staatsmännern gelingt, Korngesetze grundsätzlich wieder einzuführen, um durch Nachlassen an Kornzöllen die Getreide ausführenden britischen Besitzungen für Sonderbegünstigungen des Handels mit dem Mutterlande zu gewinnen.

Wir sehen, daß sich der Verwirklichung des großartigen neuimperialistischen Gedankens in Großbritannien auf allen Gebieten mächtige Hindernisse entgegenstellen. Alle diese Hindernisse lassen sich auf den Umstand zurückführen, daß das britische Mutterland durch Riesenräume von seinen auswärtigen Besitzungen getrennt ist. Diese Trennung zwingt zu Sonderentwickelungen und sie erschwert jede zwangsweise Ausübung der Herrschaft des Mutterlandes über die Gesamtheit oder über die einzelnen seiner auswärtigen Besitzungen. Es kommt hinzu, daß in der ganzen Welt und auch in den britischen Siedelungskolonien wie nicht minder da, wo große fremde Bevölkerungsmassen durch eine angelsächsische Minderheit beherrscht werden, der nationale Gedanke sich mächtig regt, sodaß man z. B. in Australien von der Bildung einer eigenen australischen Nation reden konnte.[1])

Endlich wird der britische Imperialismus wenigstens in zweien der fünf Erdteile von anderen imperialistischen Wettbewerbern stark bedroht, in Nordamerika von den Yankees, in Asien von Rußland und Japan.

Treitschke war der Meinung (Pol. I. 43), daß von dem Imperialismus Englands für die übrige Welt eine Gefahr dann drohe, wenn

---

[1]) Vgl. auch das merkwürdige Auftreten einer indischen Sozialdemokratin auf dem internationalen sozialistischen Kongreß in Stuttgart 1907 im Namen der unterdrückten Nationen Indiens gegen die britische Fremdherrschaft.

es sich mit Rußland in die Welt teile. Wir halten diese Besorgnis für ungerechtfertigt, auch heute, wo England und Rußland sich wieder einmal über ihre asiatischen Belange verständigen. Die Erfahrung lehrt, daß dies immer nur Galgenfristen sind, daß die Aufteilung Asiens sich fortsetzt und daß die Gegensätze zwischen Großbritannien und Rußland dauernde sind.

Aber auch die Engländer halten ihren heutigen Imperialismus für eine Fortsetzung der Politik der Elisabeth und Cromwells. Denn noch im September 1907 schrieb ein englischer Staatsmann dem „Temps“:

> „England treibt von altersher die Politik, jede Macht zu bekämpfen, die zu ihren Gunsten das europäische Gleichgewicht zu stören versucht, mag diese Macht wie früher Spanien sein, oder das Frankreich Ludwigs XIV., oder Napoleons I., oder auch das Deutschland der Hohenzollern.“

Wir brauchen nicht erst zu sagen, daß das europäische Gleichgewicht nicht durch das Deutschland der Hohenzollern gestört worden ist, sondern daß dies durch das ganze 19. Jahrhundert hindurch von britischer Seite geschehen ist durch die Erwerbung seines riesigen Kolonialbesitzes und durch die Betätigung seines Imperialismus in Gibraltar, Malta, Aegypten, Aden, Singapore und an vielen anderen Orten der Welt.

Der britische Imperialismus muß uns so lange beunruhigen, als er die Gleichberechtigung anderer Weltmächte, also auch des Deutschen Reiches nicht anerkennen will und als er auf der Erde neben dem riesigen britischen Einflußgebiet nicht auch die Daseinsberechtigung anderen Imperien anerkennt.

Er kann verhängnisvoll werden, und zwar für beide Teile, wenn Großbritannien fortfährt, unserem notwendigen Entwickelungsgange politische Hindernisse in den Weg zu wälzen, mit anderen Worten, wenn es so töricht ist, deutsch-feindlich sein zu wollen.

Eine ebenso reichhaltige als groteske Sammlung schiefer und falscher Urteile über deutsch-englische Beziehungen gibt uns ein soeben [Oktober 1907] in deutscher Uebersetzung herausgegebenes Buch „Der Zusammenprall der Weltmächte“ von Rowland Thirlmere. Wir sind weit davon entfernt, für dieses für den deutschen Leser allerdings sehr lehrreiche Buch die ganze britische Nation verantwortlich zu machen. Aber wenn mit derartigen Beweisführungen dem britischen Imperialismus unter die Arme gegriffen werden soll, ohne daß wenigstens die Freunde Chamberlains dagegen Verwahrungen einlegen, dann handelt es sich hierbei allerdings um eine Gefährdung des Friedens zwischen Deutschland und Großbritannien.

VI. Amerikanischer Imperialismus.

Es ist erstaunlich, mit welcher Schnelligkeit die Vereinigten Staaten von Nordamerika sich aus einem passiven in ein aktives Kolonialgebilde verwandelt haben. Noch bis zum heutigen Tage sind sie das wesentlichste Ziel der europäischen Auswanderung und doch haben sie unmittelbar nach ihrer Befreiung von England ihre Blicke hinaus über die Grenzen ihres scheinbar unendlichen nordamerikanischen Festlandes gerichtet, nach Westindien einerseits und nach der Südsee und der ostasiatischen Inselwelt andererseits. Es ist hier nicht der Ort, die Anfänge der nordamerikanischen aktiven Kolonialpolitik zu besprechen. Aber es ist ein Irrtum, wenn man glaubt, die Erwerbung Kubas, Hawais und der Philippinen als den Ausfluß des allerneuesten amerikanischen Größenwahns bezeichnen zu dürfen. Die Anfänge dieser Ausdehnungsbestrebungen sind schon älter als ein Jahrhundert und sie ragen in eine Zeit zurück, in der diese Ausdehnungsbestrebungen noch keine Formel in der Monroelehre gefunden hatten. Demnach ist auch die Monroedoktrin nicht etwa als die älteste Quelle des nordamerikanischen Imperialismus zu betrachten, um so weniger als sie ursprünglich ja nur eine Verteidigungsbedeutung hatte und erst in neuerer Zeit, und zwar eigentlich unberechtigterweise zu einem Lehrsatze der Ausdehnungslust Nordamerikas geworden ist. Diese Monroelehre ist zwar auch heute noch nicht zu einem Bestandteile des Völkerrechts geworden, aber praktisch hat sie eine ähnliche Bedeutung für die Yankees gewonnen, wie das Testament Peters des Großen für die Russen.

Diese Monroelehre begründet sich auf eine Depesche, die gelegentlich der Versuche Rußlands sich in Kalifornien festzusetzen unter der Präsidentschaft von James Monroe, der damalige Staatssekretär John Quinoy Adams am 17. Juli 1823 an den russischen Gesandten, Baron Tuyl, richtete, in der folgender Satz vorkommt:

„Wir werden Rußland jedes Recht auf eine territoriale Niederlassung auf diesem Kontinente bestreiten und klipp und klar das Prinzip

aussprechen, daß die amerikanischen Festlande von nun an nicht mehr der Gegenstand einer europäischen Koloniengründung sein dürfen."

Der Fürst Bismarck hat bekanntlich diese Doktrin als eine unglaubliche Unverschämtheit bezeichnet. Aber seit diesem Urteile des Fürsten Bismarck über diese „Ueberschätzung der eigenen Berechtigung und Unterschätzung der Unabhängigkeit anderer amerikanischer und europäischer Mächte" hat sich die Monroelehre noch viel weiter ausgewachsen und besteht heute eigentlich in dem Anspruche der Vereinigten Staaten auf eine Herrschaft über ganz Amerika.

Diese Lehre hat so lange nur die Bedeutung einer einseitigen Forderung, wie etwa die bekannte Forderung der Engländer: „Afrika englisch vom Kap bis zum Nil", als sie nicht von anderen Staaten als zu Recht bestehend anerkannt und damit zum Inhalte des Völkerrechts gemacht worden ist. Hiervon war aber früher nirgends die Rede.

Völkerrechtliche Regeln entstehen entweder durch Verträge oder durch Gewohnheitsrecht. Weder in einem Friedensvertrage noch auf einem das Völkerrecht weiterbildenden Kongresse der Großstaaten haben es die Vereinigten Staaten von Nordamerika gewagt, einer einzelnen Großmacht oder dem „Konzerte der Großmächte" gegenüber die völkerrechtliche Anerkennung dieser Lehre zu beanspruchen. Das haben die Vereinigten Staaten hübsch bleiben lassen, denn andernfalls würde es bei diesem Geschäfte, wie bei Geschäften überhaupt, nicht ohne eine Gegenleistung abgegangen sein. Und diese Gegenleistung hätte naturgemäß darin bestehen müssen, daß die Vereinigten Staaten auf jede Einflußnahme auf die anderen vier Weltteile hätten verzichten müssen, während sie bekanntlich nicht nur auf den Philippinen, sondern auch in China, in Marokko und selbst in Konstantinopel ähnliche Ansprüche zu erheben gewohnt sind, wie die europäischen Großstaaten.

Den Ereignissen vor Venezuela war es nun vorbehalten, die Monroelehre auf dem Wege des Gewohnheitsrechtes in das Völkerrecht einzuschmuggeln.

Die Minister Großbritanniens haben sich nicht geschämt, in öffentlicher Sitzung des Parlaments die Berechtigung der amerikanischen Monroelehre anzuerkennen und leider scheint auch die deutsche Politik sich zu dieser Unterwürfigkeit bequemt zu haben.

Die Ausdehnungsversuche der Nordamerikaner in Kuba und in der Südsee haben ihnen bisher wenig Freude bereitet und der amerikanische Besitz der Philippinen ist ganz besonders mit Hinblick auf

Japan ganz gewiß noch nicht endgültig gefestigt. Aussichtsvoll sind aber die Bemühungen der Yankees, sich auf den beiden amerikanischen Festländern auszudehnen, schon weil hier der geographische Zusammenhang zwischen dem Staatsgebiete der Vereinigten Staaten einerseits und Kanada, Mexiko, Zentral- und Südamerika andererseits vorhanden ist. Wenn sich die Bevölkerungen dieser Gebiete nicht selbst ihrer Haut wehren, so wird ein europäisches Heer in Zukunft ebensowenig die Einflüsse Nordamerikas in Mexiko lahm legen können, wie dies den Franzosen und dem Kaiser Maximilian seinerzeit gelang. Gewiß wird auch Südamerika einstmals germanisch besiedelt und beeinflußt werden, aber es fragt sich nur, ob dies von Europa aus unmittelbar oder auf dem Umwege über Nordamerika geschehen wird.

Jedenfalls zeigt der Imperialismus Nordamerikas, daß dieser nicht an die Formen des Kaiserreiches oder überhaupt der Monarchie gebunden ist, sondern daß auch eine republikanische Staatsverfassung den Imperialismus möglich macht. Vielleicht ist er in Amerika aussichtsvoller, als von der verhältnismäßig schmalen Grundlage der britischen Insel aus.

In der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten ist seit 1907 eine Strömung im Steigen begriffen, die den Imperialismus zunächst auf die beiden amerikanischen Festlande beschränken und die fernen Philippinen aufgeben möchte. Die Losung ist: „Heraus aus Asien! Unser Ziel sei Panamerika, die Konföderation aller amerikanischen Republiken."

Diese Stimmung hat vieles Aehnliche mit derjenigen in Rußland 1904 vor Ausbruch des Japanischen Krieges.

VII. Asiatischer Imperialismus.

Asien ist von jeher der Schauplatz imperialistischer Bestrebungen gewesen. Von Asien her überfluteten die Weltreiche eines Cyrus († 529 v. Chr.), Dschengischan (1160—1227), Tamerlan (1335—1405), der Pharaonen und der Kalifen auch Teile von Europa, und die europäischen Welteroberer: Alexander, die Byzantiner und Weströmer, die Kreuzritter, dehnten sich über Asien aus, oder sie fanden wenigstens, wie Peter I. und Napoleon I., in Asien den Tummelplatz ihrer Phantasien [1]). Es scheint, daß die Steppennatur großer Landgebiete von Asien die Bildung von Weltreichen begünstigt. Die unausgesetzte Aufteilung des Ostens hat fast niemals zur Bildung von Kleinstaaten geführt, wie in Europa. Fast immer waren es Riesengebilde, die sich bekämpften oder ablösten. Dies gilt auch von der Gegenwart.

Seit 200 Jahren machen sich Rußland und Großbritannien die Herrschaft über Asien streitig, indem beide dort nicht etwa bloß Kolonien zu erwerben, sondern Universalherrschaften zu errichten bemüht sind.

In Großbritannien geht man hierbei im wesentlichen stillschweigend in allem Tun und Lassen von dieser Anschauung als einer selbstverständlichen Voraussetzung für britische Ansprüche aus, während man in Rußland diesen Glaubenssatz seit Jahrhunderten öffentlich verkündete und es verstanden hat, ihn künstlich zum Gemeinbewußtsein des großen russischen Volkes zu machen. Man stützte sich dabei gewöhnlich auf das sogenannte Testament Peters des Großen. In welcher Weise man sich in den regierenden Kreisen Rußlands diese Gedanken zurecht-

[1]) Näheres darüber in meiner Abhandlung über „Die Teilung des Ostens" in meinem Aufsatz über „Kolonien und Kolonialpolitik" in der 2. Auflage des Handwörterbuchs der Staatswissenschaften, herausgegeben von Conrad usw. Band V, S. 158 ff.

gelegt und sie in wissenschaftliche Formen zu bringen versucht hat, das lehrt der Deutsch-Russe Hermann Brunnhofer (1894—1897):

„Die ganze Weltgeschichte der Gegenwart ist im Grunde genommen nichts anderes als der Wettstreit Englands und Rußlands um die Herrschaft über Asien." „Aus welchem Grunde sollte Rußland sich scheuen, sein historisch-geographisches Recht über Asien auszusprechen?" „Auf Schritt und Tritt findet Rußland in Asien, mit dem es doch (!) ein organisch verwachsenes Gesamtreich bildet, den offen oder versteckt untergelegten Radschuh Englands im Wege." „Die Ziele, die Rußland von den Zinnen des Hindukusch oder von der Warte des Altai aus winken, sind groß, aber ebenso groß sind die Aufgaben, welche die Gunst des Schicksals oder, wie man will, der unerbittliche Zwang der historisch-geographischen Verhältnisse, dem russischen Universalreiche in Asien weltgeschichtlich vermacht hat." „Langsam, aber mit der Sicherheit der Schildkröte, die nach der alten Fabel den schnellfüßigen Helden Achilleus überholte, dringt Rußland und mit ihm die abendländische Zivilisation in Zentralasien nach Süden vor."

Nachdem das indische Reich sich bis an das Pamirgebiet vorgeschoben und Rußland die mittelasiatischen Steppengebiete erobert hat, liegt die Entscheidung auf dem Gebiete von Afghanistan. Hier wird der endgültige Kampf zwischen Rußland und Großbritannien ausgefochten, von dem Graf Yorck von Wartenburg (1900) sagte, er sei ein ungleicher. Denn bei diesem Kampfe setze Rußland nur einen Teil seiner politischen Stellung und Macht auf das Spiel, England aber das Ganze. Dieser Kampf wird ausgefochten werden müssen. Die neueste Verständigung (1907) zwischen Rußland und England über ihre Einflußgebiete in Persien und Afghanisten bedeutet nur eine Vertagung des Kampfes und keineswegs eine Beseitigung der Gegensätze.

Auch der jüngste russisch-japanische Krieg war nur ein Zwischenfall in diesem Kampfe und er hat die Aufmerksamkeit Europas von der Hauptsache mehr als billig abgelenkt. Die Gewinnung eisfreier Häfen im äußersten Osten war auch hier nur ein Schachzug auf dem großen, ganz Asien umfassenden Schachbrett, und der Ausgang des Krieges hat die Entscheidung verzögert, aber nicht herbeigeführt.

Freilich ergibt sich aus dem jüngsten Kriege zwischen Rußland und Japan, der ganz gewiß nicht der letzte sein wird, eine andere Lehre. Man war in der ganzen Welt gewohnt, alle asiatischen Reiche, nicht nur Afghanistan und Persien, sondern auch Korea und China (allerdings nicht Japan) als Objekte der Ausdehnungsbestrebungen

europäischer Mächte zu betrachten. Jetzt zeigt es sich, daß, wie in früheren Zeiten, so auch heute noch, die asiatischen Völker selbst die Rolle der sich Ausdehnenden übernehmen können. Von den künftigen Ausdehnungsmöglichkeiten Chinas zu reden, ist heute müßig, wenn auch ein Merkmal der chinesischen Ausdehnungskraft und Ausdehnungslust in der gewaltigen chinesischen Auswanderung vorliegt, die nicht nur in der Südsee, in Ostindien, in Amerika, sondern auch in Sibirien Fuß faßt, so daß man davon gesprochen hat, nicht China würde von Sibirien erobert werden, sondern Sibirien von China aus.

Viel belangreicher für die unmittelbarste Zukunft ist der ohne allen Zweifel beginnende Imperialismus Japans. Seit Jahrhunderten hat sich Japan bemüht, auf dem gegenüberliegenden Festlande, in Korea, Fuß zu fassen, und dies ist ihm heute ebenso gelungen, wie eine Fußfassung in der nördlichen und südlichen Inselwelt (Sachalin und Formosa). Vor allem aber ist es kein Geheimnis, daß Japan seine Blicke verlangend nach den Philippinen und der benachbarten Inselwelt schweifen läßt. Jedenfalls wird Japan einer der Mitbewerber um die Vorherrschaft und um die Weltherrschaft im fernen Osten sein, in dem großen Raume zwischen den chinesischen und den nordamerikanischen Küsten. Für alle drei anderen Wettbewerber bietet dies den Vorteil, durch den russisch-englischen Gegensatz nicht ohne weiteres ausgeschaltet zu werden, sondern die verschiedensten Bündnismöglichkeiten zu gewinnen.

VIII. Russischer Imperialismus.

Wenn die Angelsachsen mehr als irgend ein anderes Volk für die Betätigung des neuzeitlichen Imperialismus vorherbestimmt zu sein scheinen, so sind die Russen ganz gewiß ebenso für den älteren wie für den neueren Imperialismus geeignet. Vom Russischen Reiche gilt das, was man früher unter dem Imperialismus verstand, „ein Zustand der Staaten, in welchem nicht das Gesetz, sondern die auf die Militärmacht sich stützende Willkür des Regenten herrscht." Aber auch der moderne Imperialismus, die geltende Macht des Staatswillens außerhalb der Grenzen des bisherigen Heimatsstaates, findet bei keinem anderen Reiche eine so kräftige Betätigung, wie bei dem Russischen Reiche seit Peter dem Großen. Gewiß spielt hierbei auch die Kolonisation eine Rolle, und es ist falsch, wenn man bis vor kurzem Rußland nicht zu den Kolonialmächten rechnen wollte. Aber die Kolonisation bedeutet bei den russischen Ausdehnungsbestrebungen eigentlich nur die Festigung der gewonnenen Herrschaft und sie ist wohl heute noch weniger Selbstzweck, als Mittel zum Zweck. Wenn man von der russischen Auswanderung und Kolonisation weniger gesprochen hat, als von derjenigen der westeuropäischen älteren und neueren Kolonialvölker, so ist dies dem ausschlaggebenden Umstande zu danken, daß die Neusiedelung des russischen Volkes ostwärts sich im unmittelbaren Anschluß an das alte europäische Siedelungsgebiet vollziehen konnte und daß über sie in der Zwangsauswanderung (Deportation) ein Schleier gelegt werden konnte, der die Aufmerksamkeit von der Hauptsache, nämlich der freiwilligen Wanderschaft des russischen Volkes ostwärts, ablenkt.

Die östliche Ausdehnung Rußlands war eine Betätigung des Weltherrschaftsgedankens, ein Ausfluß der durch das Testament Peters des Großen festgelegten Lehre und sie ist auch heute noch getragen von den Weltherrschaftsgedanken, die Hermann Brunnhofer (vergl. oben S. 26) zusammengefaßt hat.

Nur wenn man diese Ziele der russischen Politik würdigt, versteht man deren Anstrengungen seit dem Ende des 17. Jahrhunderts. Diese richteten sich scheinbar nur darauf, das von allen Meeren abgeschnittene Rußland nach allen Richtungen hin bis an die Meeresküsten vorzuschieben, an die Ostsee und das Schwarze Meer, an das Beringsmeer und an den Golf von Persien. Im letzten Grunde handelt es sich aber um die Umklammerung des asiatischen Festlandes von Kleinasien her über Mittelhochasien und Sibirien hin bis zur Mandschurei und dem Gelben Meere. Nur so wird es verständlich, wenn Rußland mit unendlichen Opfern scheinbar wertlose Landerwerbungen machte und allmählich westwärts und südwärts vordrang: Tobolsk 1587, Tomsk 1604, Jeniseisk 1619, Irkutsk 1652, Jakutsk 1637, Ochotsk 1638, Kamschadka 1707, Orenburg 1743, Amur 1858, Akmalinsk 1868, Khiva 1873, Pamir 1892 usw.

Seit der Eroberung Khasans 1552 und Astrachans 1554 bis auf den heutigen Tag ist das östliche und südöstliche Vordringen Rußlands nach Asien während keines einzigen Jahrzehntes zum Stillstand gekommen. Es richtete sich gleichmäßig gegen die kleinen und unorganisierten Völker Sibiriens und des mittleren Asiens wie gegen die alten und mächtigen Reiche der Türkei, Persiens, Afghanistans, Chinas und Koreas.

Wir müßten die Geschichte Rußlands seit Iwan und Wasili schreiben, um diesen Vorgang darzulegen, wir wollen hier nur noch bemerken, daß er sich technisch betrachtet früher in der Anlage von kleinen Festungen und Truppenstandorten vollzog, neuerlich im Bau von Eisenbahnen und daß der strategische Aufmarsch Rußlands gegen Indien und China deshalb heute noch nicht vollendet ist, weil der Bau dieser Eisenbahnen eben noch nicht allenthalben sein Ziel erreicht hat. Der Türkei gegenüber ist die Entwickelung insofern zum Abschluß gekommen, als die Türkei vom Kaukasus und vom Kaspischen Meere abgedrängt worden ist. Persien war schon durch russische Darlehen, durch russische Militärerzieher und durch russische Eisenbahnen zum russischen Vasallen geworden.

Allerdings hat England die augenblickliche Schwäche Rußlands benutzt [die Weltgeschichte wird künftig fragen: „was haben unsere deutschen Diplomaten inzwischen getan?"], um in dem Vertrage von 1907 den Süden Persiens, vor allem aber Afghanistan als englisches Einflußgebiet anerkannt zu erhalten. Aber nach dem bisherigen Entwickelungsgange wird Rußland doch an seinen alten Plänen festhalten,

einen Zugang zu dem Persischen Meere zu gewinnen. Denn Rußland kann warten. Und Deutschland sollte zum eigenen Vorteil diese russischen Hoffnungen beleben und fördern.

Wie der endgültige Kampf gegen Indien und gegen China ausfallen wird, kann kaum noch zweifelhaft sein, da Rußland durch Großbritannien fast unverletzbar ist und da es den großen Vorteil hat, durch sein sibirisches und mittelhochasiatisches Kolonialreich eine unmittelbare Brücke von der heimischen Machtquelle nach den östlichen Eroberungsgebieten zu besitzen, während Großbritannien allein auf das Meer und die Macht seiner Flotte angewiesen ist.

Rußland hat oft Verträge mit England und China abgeschlossen, in denen es sich verpflichtete, ein weiteres Vordringen zu unterlassen. Wenn diese Verträge in der Regel bald in Vergessenheit gerieten und Rußland trotzdem unausgesetzt vordrang, so hat dies viele Gründe. Maximilian Graf Yorck von Wartenburg findet einen dieser Gründe in dem Zurückweichen des Zobels. General Kaufmann findet einen solchen Grund in den Steppen Mittelasiens und in der Eigenart der dortigen Nomadenvölker, die jeden seßhaften Nachbar zwingen, entweder zurückzuweichen oder vorzudringen. Ein hauptsächlicher Grund für das allmähliche selbsttätige Vordringen, bei dem einer der Beteiligten oft nicht wußte was der andere tat und der eine in der angenehmen Lage war, zu leugnen, was der andere getan oder tun wollte, lag wenigstens bisher in dem Nebeneinanderregieren der russischen Gewalten. Da gab es einen angeblich alle Dinge lenkenden Selbstherrscher, daneben aber ein Ministerium, ein asiatisches Komitee, die sogenannte russische Wohltätigkeitsgesellschaft (Ignatiew) und nicht zuletzt die an Ort und Stelle befehligenden Generäle und Statthalter. Und alle diese Gewalten drängten, unabhängig voneinander und oft ohne voneinander zu wissen, vorwärts. Es ist bekannt, daß die meisten Balkankriege Rußlands von der Wohltätigkeitsgesellschaft in Szene gesetzt, gegen den Willen des Zaren begonnen wurden. Auch der jüngste russisch-japanische Krieg fand gegen den Willen des Zaren statt. Diesen hat der 12000 Werst von Petersburg entfernte in Wladiwostock residierende Vizekönig Alexejew auf dem Gewissen, der sich für verpflichtet hielt, die Ueberlieferung der russischen Politik fortzusetzen.

„Port Arthur und Dalni, die Mandschurei und Korea, das sind die Symbole der russischen Macht in ganz Asien und indem unsere tapferen Seeleute und Soldaten diese verteidigen, verteidigen sie alles, was durch eine lange Reihe russischer Generationen vom Ural und vom

Kaspischen See bis zu den Höhen des Hindukusch und den Küsten des Stillen Ozeans geschaffen worden ist."

Freilich Demtschinski in der Zeitung „Ruß" und seine Freunde waren anderer Meinung über die Auslegung des Testaments Peters des Großen. Noch im Januar 1904 schrieb er in der „Ruß":

„Laßt uns nach Hause gehen! Wir wollen uns hier von dem Skorbut kurieren, den uns die Mandschurei gebracht hat, und in Muße zum Persischen Meerbusen und zum Bosporus hinblicken. Unseren slavischen Brüdern wollen wir ein bedeutendes Stück unseres guten russischen Herzens schenken. Wir wollen sie in ihrer Not verteidigen, sie im Erfolge ermuntern und uns mit ihnen freuen, wenn sie im Glück sind. Das ist unsere traditionelle Politik: Das eigene Haus und die Leute, die diesem Hause nahe stehen. Wem aber die mandschurische Bahn gehören wird, das ist eine müßige Frage. Sprengt sie in die Luft und jeder Russe wird sich vor euch verneigen. Wenn ihr aber eure rechtmäßige Gattin, die slavische Föderation, im Stiche laßt, so wird der Fluch aller Zeiten, vom heiligen Wladimir an, und das Blut von Millionen Söhnen unserer Heimat, das auf dem geheiligten Altar der Gattentreue vergossen ist, auf euer Haupt kommen. Ihr müßt das zu unterstützen wissen, was durch ein Jahrtausend geheiligt ist, dann werdet ihr die tiefe Dankbarkeit der Heimat ernten."

In demselben Jahr 1904, also vor Ausbruch des japanischen Krieges, eiferte auch die „Nowoje Wremja" gegen die Kriegspläne im äußersten Osten und empfahl die Betätigung des russischen Imperialismus auf der Balkanhalbinsel und an den Küsten des Mittelmeers, indem sie auffälligerweise Italien als Verbündeten gegen Deutschland in Anspruch nahm: „Rußland ist nicht weniger daran interessiert als Italien, zu verhindern, daß aus dem Adriatischen Meer ein süddeutsches Meer wird, und deshalb wird es stets im Interesse Rußlands und Italiens liegen, sich über die Balkanhalbinsel freundschaftlich die Hand zu reichen und dort einen festen Wall gegen den germanischen „Drang nach Osten" zu bauen .... Der Ring der europäischen Kultur und der Ring der alten Kultur umschließen das Mittelmeer. Dorthin keinen Zugang haben, heißt von der allgemeinen Kultur und vom europäischen Markt ausgeschlossen sein und wirtschaftlich zurückgehen .... „Die orientalische Frage ist die blutige und schmerzende Frage des ganzen russischen Volkes. Sehet doch hin, wie weit unsere Sorglosigkeit und Gleichgültigkeit unseren historisch gebotenen Aufgaben gegenüber geht. Am goldenen Horn setzt sich ruhig der Deutsche auf den Platz

des Türken, und wir sehen das gleichgültig an, als verständen wir nicht, wie wichtig diese Tatsache ist."

Derartige Auffassungen über die Bedeutung des russischen Imperialismus lösen einander ab. Der Grundgedanke, die Ausdehnungslust, der Imperialismus, bleibt aber unerschütterlich.

Die viel verbreitete, landläufige Meinung, als sei der russische Imperialismus durch den Ausgang des jüngsten russisch-japanischen Krieges auf die Dauer gelähmt, können wir nicht teilen und wir haben diesem Gedanken seit Jahren wiederholt öffentlich Ausdruck gegeben. Erfreulicherweise wird diese Auffassung auch von Schulze-Gaevernitz geteilt, wenn auch nicht glücklich durch den Hinweis auf eine geschlossene nationale Einheit, von angeblich gegen 80 Millionen hochbegabter europäischer Menschen unterstützt (S. 112). Berechtigter ist der Hinweis von Schulze auf die gesellschaftlichen und industriellen Wandlungen, die dem russischen Volke in Zukunft ein neues Gefüge geben, die es in Zentralasien noch mehr als bisher tatsächlich zum Kulturträger machen werden. „Alles in allem genommen: die Krisis, welche Rußland heute durchlebt, gebiert vielleicht auf Jahre hinaus eine politische Schwächung; aber sie kann keinen dauernden Verzicht auf asiatische Machtstellung bedeuten. Auch ein konstitutionelles Rußland müßte die nach Asien gerichtete Politik des Zarentums fortführen."

Das Entscheidende liegt unseres Erachtens in den geheimnißvollen Vorstellungen, von denen das russische Volk in bezug auf die Ausdehnungsnotwendigkeit ergriffen ist. Der öffentliche Wortführer dieses russisch-asiatischen Mystizismus ist neuerdings Fürst Uchtomsky[1]). „Der Osten glaubt ebenso fest wie wir an die übernatürlichen Eigenschaften des russischen Nationalgeistes, aber er beurteilt und begreift sie nur insofern, als sie mit dem höchsten Gut, das wir haben, dem Testament unserer vaterländischen Vergangenheit — dem Absolutismus im Zusammenhang stehen; andernfalls kann Asien uns weder aufrichtig zugetan werden, noch ohne Widerstand mit uns in eins zusammenfließen . . ." „Also sollten wir doch endlich begreifen, daß der einzige rechtliche Herr des Ostens jener ist, auf dessen Haupte in märchenhaftem Glanze die großfürstlichen Kronen von Perm, Jugor und der Wolgabulgaren und die Kaiserkronen von Kasan, Astrachan und Sibirien, in eine Krone ver-

[1]) Ausführliches hierüber vergl. in der auch sonst beachtlichen Beurteilung des russischen Imperialismus vom polnischen Standpunkte aus durch Prof. Dr. Marion Zdziechowski: „Die Grundprobleme Rußlands", aus dem Polnischen übersetzt von Adolf Stylo, Leipzig und Wien, Akademischer Verlag, 1907.

schmolzen, erstrahlen — jener, dessen Vorfahren sich noch im alten Moskau die Herren und Beherrscher aller nördlichen Erde und zahlreicher anderen und großen Reiche nannten . . ." „Es gibt keinen anderen Ausweg für den russischen Staat: entweder muß er das werden, wozu ihn die Jahrhunderte bestimmt haben, d. h. zu einer den Osten mit dem Westen verbindenden Weltmacht, oder er wird unmerklich und schimpflich den Weg des Verfalls einschlagen, da Europa ihn schließlich durch sein äußeres Uebergewicht erdrücken wird, während die asiatischen Völker, wenn wir sie nicht aus dem Schlafe erwecken, uns gefährlicher sein werden als unsere Feinde im Westen."

Daß diese russischen Auffassungen unter den Asiaten wirklich einen Widerhall finden, das ergibt sich aus der Antwort, die dem Dichter Majkoff wurde, als er einst an den europäisch gebildeten kirgisischen Sultan Walichanoff die Frage richtete, zu welcher Philosophie der Geschichte er sich bekenne, und darauf nach kurzem Besinnen von dem Sohne Turans mit Begeisterung die Antwort erhielt: „Der allmächtige Gott hat die Herrschaft über die Welt meinem Ahnen Dschengis-Chan geschenkt, er hat sie dessen Nachkommen als Strafe für ihre Sünden genommen und sie dem weißen Zaren übergeben — das ist meine Philosophie der Geschichte!"

Wir finden also im Osten, wie Zdziechowski mit Recht S. 175 hervorhebt, eine Wiederholung der angelsächsischen Grundanschauungen, wonach das Allmenschentum eigentlich gar nicht einen Gegensatz zum Allbritentum bilde, indem der Angelsachse die höchste Vollendung des Menschengeschlechts darstelle — nur daß in Nordasien der Russe an die Stelle des Angelsachsen tritt, so daß Uchtomsky behaupten durf te das Geheimnis des beispiellosen Glückes, mit dem Rußland einen Staat nach dem anderen erobere, bestehe nicht nur in der kriegerischen Tapferkeit, „sondern in der geheimen Kraft sympathischer Gefühle, in dem aus der russischen Seele unausrottbaren Bedürfnis, in jedem vernünftigen Wesen ohne Ansehen des Glaubens und der Abstammung, einen vor Gott und dem Zaren gleichberechtigten jüngeren Gefährten und Bruder zu erblicken."

Freilich auch diese Stimmung wird keine allgemein gültige bleiben. Auch der russische Imperialismus wird von dem Nationalismus bedroht, z. Z. vielleicht weniger in Asien, als in dem russischen Heimatreiche, das sich immer mehr und mehr als ein Völkerstaat und nicht als ein einheitlicher Nationalstaat entpuppt, aber auch in den Balkangebieten, die ein großer und nicht der belangloseste Teil des russischen

Volkes als den eigentlichen Schauplatz des russischen Imperialismus betrachtet. Nach dem Westen gerichtet wurde der russische Imperialismus bislang durch den Panslavismus getragen, aber seit mehr als 20 Jahren beginnen die Balkanslaven und die Südslaven zu begreifen, daß es sich bei den Lehren des Panslavismus eigentlich nicht um ein Allslaventum, sondern um ein Allrussentum handelt. Und so liegen die Zersetzungskeime für ein künftiges russisches Weltreich nicht außerhalb der Grenzen, nicht in Großbritannien oder Indien, nicht in Japan oder China, sondern in der Heimat selbst. Jedenfalls ist der russische Imperialismus immer mehr ostwärts hingelenkt worden und die Völker Mittel- und Westeuropas brauchen keine Besorgnis zu haben, „kosakisch zu werden".

IX. Andere Weltmächte.

Soweit sich dies jetzt übersehen läßt, kommen für imperialistische Bestrebungen im 20. Jahrhundert nur die Angelsachsen und die Amerikaner, die Deutschen, die Russen und die Japaner in Frage. Andere Großmächte sind von der Schaubühne der Weltpolitik abgetreten, andere hegen zwar den Ehrgeiz, diese Bühne zu betreten, werden aber von ihren Wettbewerbern noch nicht ernst genommen.

Die Zeiten sind vorbei, in denen die Iberische Halbinsel der Ausgangspunkt nicht nur einer, sondern zweier Weltmächte war. Portugal und Spanien beherrschten den größten Teil der neuentdeckten überseeischen Welt, aber durch eigene Schuld, insbesondere durch eine zu harte Anwendung des älteren Kolonialsystems ist ihre Weltherrschaft zusammengebrochen und heute sind sie dabei, ihren Kolonialbesitz zu liquidieren.

Nicht so weit vorgeschritten im weltpolitischen Verfall sind die Niederlande. Und wenn Holland und Belgien beisammen geblieben wären, dann würde man auch für die Zukunft nicht so sehr für den überseeischen Besitz der Niederlande zu fürchten haben. Heute verfügen allerdings Belgien sowohl als Holland über einen großen Kolonialbesitz, der aber gerade in seiner Größe außer allem Verhältnis steht zur Kleinheit und zur wirtschaftlichen und politischen Schwäche ihrer Heimatländer. Der Kongostaat wird von Großbritannien und Frankreich bedroht und das Riesenreich des holländischen Ostindiens von den benachbarten britischen Besitzungen, von Japan und von Nordamerika. Belgien und Holland werden ihren Kolonialbesitz wahrscheinlich nur erhalten können, wenn sie sich an eine befreundete europäische Weltmacht anlehnen können. Welche diese allein sein kann, brauchen wir nicht erst auszusprechen. Andere imperialistische Betätigungen außer den rein kolonialpolitischen und auch hier nur kultivatorischen, sind bei beiden Niederlanden ausgeschlossen, wie wohl kaum des näheren bewiesen zu werden braucht.

Wie steht es aber mit Frankreich? Frankreich zählte nicht nur zu den alten Kolonialmächten, sondern es erfreut sich auch heute am Beginn des 20. Jahrhunderts großer Kolonien in Afrika und Asien. Wird aber das

Mutterland vereint mit diesen kolonialen Töchterländern wirklich der Träger einer Weltherrschaft werden können? Wir bezweifeln dies.

Frankreich hat bekanntlich unter Napoleon I. den Versuch gemacht, eine französische Weltherrschaft in Europa, Afrika, Asien und Amerika aufzurichten. Aber der Versuch ist mißlungen. Und gerade die Versuche einer imperialistischen Betätigung außerhalb der Grenzen des französischen Nationalstaates haben den Sturz der Napoleoniden herbeigeführt. Was Napoleon I. anbelangt, so sagt Wilhelm Roscher (Politik, S. 707) darüber: „Der Sturz Napoleons muß vornehmlich seinem Streben nach Weltherrschaft zugeschrieben werden in einer Zeit, welche hierfür gottlob noch lange nicht reif war .... Eine solche wird erst möglich, wenn die Nationalitätsgedanken und Gefühle der wichtigsten Völker alle Macht verloren haben."

Napoleon III. aber hat seine Herrschaft ganz entschieden durch das mexikanische Abenteuer ebenso erschüttert, wie durch seine Ausdehnungsbestrebungen Italien, Deutschland und Belgien gegenüber.

Wenn heute Frankreich auf weltpolitische Betätigungen verzichten muß, so wird dies bedingt durch dessen verhältnismäßiges Zurücktreten in der Reihe der europäischen Völker, was Volkszahl, Heeresmacht, Handel, Industrie und Schiffahrt anbelangt. Die einzige, auf sprachliche Uebereinstimmung gestützte Ausdehnungsmöglichkeit würde sich lediglich aus dem wallonisch-französischen Teile Belgiens ergeben. Aber eine solche würde der Zustimmung oder der Ohnmacht Deutschlands und Englands bedürfen. Günstiger liegt es vielleicht in bezug auf die französisch sprechende Schweiz.

Die österreichisch-ungarische Doppelmonarchie hat ihrem Wesen nach etwas imperialistisches an sich, insofern sie auf keiner geographischen Einheit beruht, wie etwa Großbritannien und Italien und ebensowenig auf einer nationalen Einheit, wie die meisten der wettbewerbenden Weltmächte. Die Doppelmonarchie wurde wenigstens bisher lediglich durch das Imperium, die Dynastie zusammenhalten, die durch Heirat und Eroberungen Völker und Völkerbruchteile staatlich zusammengefaßt hat. Man könnte deshalb sagen, daß die an der Entstehung der Monarchie beteiligten Kräfte also die imperialistischen, nach bekannten Lebensgesetzen auch weiter wirken müßten. Und ganz gewiß würde einer Ausdehnung Oesterreich-Ungarns nach dem Balkan hin im Anschluß an die jüngsten Fußfassungen in Bosnien und Herzegowina, etwa bis Saloniki, nichts im Wege stehen. Und vielleicht würde die Monarchie auch gezwungen werden, sich Serbiens und Montenegros zu bemächtigen,

namentlich dann, wenn Rußland und Italien ihre Aufteilungsbestrebungen der Balkanhalbinsel wieder aufnehmen sollten. Aber die Kräfte Oesterreich-Ungarns sind lahm gelegt durch die inneren Zwistigkeiten der Völker dieses Völkerstaates. Und man kann kaum erwarten, daß die nationalistischen Bestrebungen in Oesterreich-Ungarn im Laufe des zwanzigsten Jahrhunderts in einer Weise zum Austrag kommen, die eine einheitliche Gesamtmacht wieder herstellt. Dazu kommt die große Rückständigkeit der Donauländer auf wirtschaftlichem Gebiete im Vergleich mit dem Deutschen Reiche und den europäischen Westmächten. Demnach kann Oesterreich-Ungarn eine imperialistische Politik nur wieder aufnehmen im Anschluß an das Deutsche Reich, so wie dies in früheren Jahrhunderten ja auch der Fall gewesen ist. Es wird von den führenden Kräften der Monarchie, nicht zuletzt von der Dynastie, abhängen, ob die Donaugebiete hierbei als führende oder als abhängige Gebiete beteiligt sein werden.

In Anlehnung an das Deutsche Reich steht dem Donaureiche eine großartige Balkanzukunft bevor, vereinsamt, die gänzliche Bedeutungslosigkeit.

Was endlich Italien anbelangt, so ist diese Halbinsel ja schon einmal der vorbildliche Boden des Imperialismus gewesen. Aber werden die Italiener jemals wieder Römer werden? An der geographischen Voraussetzung und an Ausdehnungsgelüsten fehlt es ihnen ja nicht. Aber Italien ist nicht durch eigenes Verdienst, sondern durch die Hilfe Frankreichs und Preußens um die Mitte des vorigen Jahrhunderts von einem kleinen Staate zu dem Range einer Großmacht des europäischen Konzerts befördert worden; die Weiterbeförderung zu einer Weltmacht würde allzu rasch sein. Gewiß hat Italien durch seine starke Auswanderung nach Nordafrika dort Keime für eine künftige Abhängigkeit gelegt und es blickt auch beharrlich über die Adria hinüber nach Albanien. Wer kann es wissen, ob in einem Weltkriege Italien wiederum durch fremde Hilfe seine Ziele erreicht? So viel steht aber fest, daß es bei seiner nach dem Norden gerichteten Ausdehnungslust, in Triest sowohl wie in Trient, nicht nur auf die schwarz-gelbe Fahne Oesterreichs, sondern auf die Bajonette des Deutschen Reiches stoßen würde.

Italien würde besser tun, wenn es sich zur Verwirklichung seiner Ausdehnungslust an seine alten mitteleuropäischen Verbündeten anlehnen wollte, als an die Westmächte. Es sollte es nicht so schnell vergessen haben, wer ihm in Nordafrika entgegengetreten ist, und wer 1895 dem Negus von Abessynien Waffen und Offiziere gestellt hat.

X. Deutsche Weltwirtschaft und deutsche Weltpolitik.

Wir haben im Voraufgehenden gesehen, daß es nicht nur die Großen unter den Staaten gewesen sind, die den Gedanken des Imperialismus aufgegriffen haben und zu verwerten suchen, sondern auch die Mittleren und Kleinen, ja Aller-Kleinsten. Man denke an Frankreich, Italien, Japan, man denke an Belgien und die Niederlande. Da erhebt sich nun für uns die brennende Frage, wie steht es um Deutschland, wo bleiben wir? Ich habe diese Frage bereits im Jahre 1896 aufgeworfen, wo ich darüber zuerst am 7. Dezember 1896 in der Ortsgruppe Barmen des Alldeutschen Verbandes und dann im Winter 1896 zu 1897 in einigen anderen Ortsgruppen des A. D. V. Vorträge gehalten und auf dieser Grundlage eine Flugschrift verfaßt habe, die im Jahre 1897 unter dem Titel „Deutsche Weltpolitik" in der Reihe der Flugschriften des A. D. V. im Verlage von J. F. Lehmann, München erschien. Die Flugschrift fand eine weite Verbreitung und stieß auf lebhaften Widerspruch — damals. Bis heute haben sich die Anschauungen gewandelt. Aber gerade deshalb lege ich Gewicht darauf, den Zeitpunkt des ersten Erscheinens festzustellen. Es gewährt mir aber auch Genugtuung, im nachstehenden Abschnitt den Wortlaut dieser Flugschrift wiedergeben zu dürfen. Ich habe daran nichts geändert, nur einige Zahlenangaben auf den neuesten Stand gebracht. Und ich habe mit vollem Vorbedacht auch da nichts geändert, wo politische Parteien und Personen, die damals Gegner einer deutschen Weltpolitik waren, inzwischen ihre Haltung geändert haben, wie dies z. B. in gewissem Umfang vom Freisinn gilt. Mein damaliges Urteil war gerecht und gilt für die damalige Zeit. Hoffen wir, daß gerade der Freisinn jetzt eine Politik treibt, die ihm solche Urteile in Zukunft erspart. Daß diese Partei in einzelnen Fragen weltpolitischer Bedeutung (z. B. Flotten- und Kolonialpolitik) eine Schwenkung vorgenommen hat, ist nicht zu bestreiten und höchst erfreulich. Es ist vielleicht gerade

um deswillen lehrreich, den vollen Wortlaut der vor 11 Jahren verfaßten Flugschrift wiederzugeben; er wird im Zusammenhang mit den heutigen Zuständen und Auffassungen zeigen, daß und wie sehr bei uns als lernendem, werdendem Volke politisch alles im Flusse ist. Ich glaube aussprechen zu dürfen: unser Volk lernt politisch — also dürfen wir vertrauen, daß es voran kommt. Die genannte Flugschrift hatte folgenden Wortlaut:

* * *

Wenn erst die Phantasie anfängt, sich mit dem Begriff einer Weltpolitik eines deutschen Weltreichs zu beschäftigen, dann hat es, wie der Herr Abg. Fritzen mit Recht bemerkte, gar keine Grenzen mehr. Zutreffend sagte der Herr Abg. Fritzen schon im vorigen Jahre: Weltpolitik, das ist das für die Politik, was der Größenwahn für den einzelnen Menschen ist."

Mit diesen Worten glaubte der Herr Abg. Eugen Richter am 30. November 1896 im Reichstage die „überstürzte Vermehrung der Schiffe für den überseeischen Dienst" und die „chauvinistische Strömung" bekämpfen zu sollen, die eine Vermehrung der deutschen Flotte fordere. „Militärische Dinge haben doch immer eine gewisse Nüchternheit, eine prosaische Auffassung in sich. Aber wenn es auf das überseeische Gebiet kommt, dann hat der Chauvinismus gar keine Grenze."

Diese Anschauungen des Abg. Eugen Richter sind für den freisinnigen Standpunkt durchaus folgerichtig. Sie sind für unser Jahrzehnt der Ausdruck dessen, was man vor 30 Jahren anstrebte, als man glaubte „Preußen den Großmachtskitzel austreiben" zu können. Der Freisinn hatte niemals ein Verständnis für die Zukunft der deutschen Politik.

Der Abg. Richter irrte sich aber, wenn er meinte, für seine Ablehnung einer deutschen Weltpolitik ohne weiteres das Zentrum als Eideshelfer aufrufen zu können. So bedingungslos, wie es nach der obigen Anführung scheinen könnte, drückt sich ein Zentrumsmann niemals aus, auch Abg. Fritzen nicht. Dieser sagte vielmehr bei der Bekämpfung der angeblichen uferlosen Flottenpläne am 18. März 1896 im Reichstage: „Es ist davon gesprochen worden (gemeint ist natürlich die Thronrede Kaiser Wilhelms II. vom 18. Januar 1896), daß wir eine große Weltpolitik führen sollen und daß diese Weltpolitik nur geführt werden kann mit Hilfe einer großen Flotte. Ja, meine Herren, was heißt das? Jede Weltpolitik, die nicht ein aktuelles Interesse wahrt, kann ich nur verurteilen. Und was in diesem Falle unter dem

Namen „Weltpolitik" verstanden wird, das ist weiter nichts, als was der Größenwahn bei einzelnen Personen ist: es ist der Größenwahn des Staats. Wenn aber aktuelle Interessen dabei in Frage stehen, dann liegt die Sache anders, dann mag man in dem nötigen Maße eingreifen."

Nach berühmten Mustern hebt hier doch der eine Satz das wieder auf, was in dem andern Satze gesagt ist und es bleibt nichts übrig, als eine Gehässigkeit gegen den Racker von Staat, der es sich beikommen läßt, auch einmal Weltpolitik betreiben zu wollen, während dies z. B. für das Papsttum ganz natürlich und selbstverständlich ist. Wenn Rom Weltpolitik betreibt oder wenn das Deutsche Reich zu einem Akte der Weltpolitik, z. B. zur Wiederherstellung des Kirchenstaates auf Kosten des befreundeten Italien aufgefordert wird, dann liegt allerdings vielleicht ein „aktuelles Interesse" vor, und dann liegt die Sache natürlich anders.

Oder soll es vielleicht heißen: erst muß das „Interesse aktuell" sein, erst muß z. B. der Krieg mit einem überseeischen Staate erklärt sein, dann wollen wir Weltpolitik treiben, dann wollen wir eine Flotte auf der flachen Hand wachsen lassen?

Nun jedenfalls war der Sinn der Rede des Abg. Fritzen „dunkel" und damit der Zweck erreicht, ein kräftiges Wörtlein gesagt und doch sich für die Zukunft nicht gebunden zu haben.

Das Zentrum geht aber mit der Ablehnung der „Weltpolitik" an sich *nicht* Hand in Hand mit dem Freisinn. Andernfalls müßte es doch die über die deutschen Berge hinausragende Grundlage seiner eigenen Politik verleugnen. Weltpolitik wohl — nur keine deutsche, sondern römische!

Nun, vorläufig muß man allerdings zugeben, daß auch bei anderen politischen Parteien eine deutsche Weltpolitik zwar nicht als Größenwahn, sondern als ein *schöner Wahn*, aber doch nur als *Wahn* der künftigen *Größe* Deutschlands angesehen wird. Man hält eine deutsche Weltpolitik für einen Traum deutscher Schwärmer, für das Gegenteil der sogenannten nüchternen Realpolitik. Und dabei ahnt man gar nicht, daß wir *bereits in der Weltpolitik mitten drin* stehen und daß es sich für uns gar *nicht* mehr darum handelt, ob wir Weltpolitik betreiben wollen oder nicht, sondern nur darum, ob diese Weltpolitik eine *deutsche* sein soll oder eine undeutsche, eine auf das deutsche Volkstum gestützte oder eine dasselbe verleugnende!

Ohne daß wir es gemerkt haben, ist die Volkswirtschaft der Kulturvölker, auch des deutschen, zu einer die ganze Erde umfassenden Weltwirtschaft geworden und ohne es zu merken, ist auch das Deutsche Reich über die Maße einer europäischen Großmacht zu einer Weltmacht hinausgewachsen. Es handelt sich nur darum, ob Deutschland in der Weltwirtschaft und im Konzert der Weltmächte eine passive oder eine aktive Rolle spielen kann und soll?

Es wäre mehr als überflüssig, heute noch den Nachweis führen zu wollen, daß unsere Wirtschaft, ohne aufzuhören eine nationale zu sein, alle wesentlichen Merkmale einer Weltwirtschaft aufweist. Dank einer ungeahnten Entwickelung der Verkehrseinrichtungen haben sich die Berührungen aller Völker vertausendfacht. Der Weltmarkt hat eine beherrschende Stellung gewonnen. Der Wert des Welthandels hat sich im jüngsten Menschenalter mehr als verdoppelt. Dabei steigt bei allen europäischen Kulturvölkern von Jahr zu Jahr der Anteil des überseeischen Handels an dem auswärtigen Handel überhaupt. Eine immer steigende Zahl von Volksgenossen ist mit ihren Erzeugnissen auf den Markt fremder Erdteile und mit den Bezugsquellen ihrer Rohstoffe, Genußmittel und leider auch Nahrungsmittel auf überseeische Gebiete angewiesen.

Das Deutsche Reich und das deutsche Volk machen hiervon keine Ausnahme.

Der Wert des auswärtigen Handels des deutschen Zollvereins ist von 5963 Millionen Mark im Jahre 1872 auf 14917 Mill. Mark im Jahre 1906 gestiegen. Er hat sich also in 34 Jahren oder in einem Menschenalter mehr als verdoppelt.

Wert des Spezialhandels des Deutschen Zollvereins, Millionen Mark:

	Einfuhr:	Ausfuhr:	Zusammen:
1872:	3468,1	2494,6	5963,1
1895:	4246,1	3424,1	7670,2
1905:	7436,3	5841,8	13278,1
1906:	8438,6	6478,6	14917,2

Von dem auswärtigen Handel des Zollvereins entfielen im Jahre 1880: 583 Millionen oder 10,0 %, im Jahre 1889 aber: 1593 Millionen oder 21,7 %, im Jahre 1895: 2220 Millionen Mark oder 28,7 % und im Jahre 1906 = 4843,5 Mark oder 33,6 % auf außereuropäische Herkunfts- und Bestimmungsländer, so daß sich dieser Anteil in 26 Jahren also verachtfacht und verhältnismäßig mehr als verdreifacht hat.

Es gibt Länder in Amerika, deren auswärtiger Handel zu 3 bis 4 Fünfteilen sich in den Händen von Deutschen befindet. Deutsches Geld ist nicht nur in fremden Anleihen, sondern in unmittelbaren deutschen Unternehmungen im Betrage von mehreren Milliarden im überseeischen Auslande angelegt. Die Plantagenbesitzer in den niederländischen, englischen und spanischen Kolonien sind vielfach Deutsche. In einigen mittelamerikanischen Freistaaten ist der größere Teil aller vorhandenen Kaffeeplantagen im Werte von hunderten Millionen Mark in deutschem Besitz.

Der Bergbau, die Großlandwirtschaft, die Großviehzucht, die Industrie und die Verkehrsgewerbe in den südafrikanischen und südamerikanischen Freistaaten befinden sich zu einem großen Teil in deutscher Hand.

Deutsche Eisenbahnen, deutsch nach Kapital, Material, Leitung und Arbeit, führen hunderte von Kilometern lang durch weite Gebiete Südamerikas und Kleinasiens.

Und was wäre der Großhandel von Antwerpen und London ohne die Deutschen?

Von dem Geschäfte in den Vereinigten Staaten von Nordamerika hängt es ab, ob die Weber in Schlesien, die Wollwirker und Putzmacher des Erzgebirges, die Spielwarenmacher des Thüringer Waldes gute oder schlechte Zeiten haben. Die deutsche Landwirtschaft beklagt sich mit Recht darüber, daß der Preis unseres täglichen Brotes nicht mehr von dem Regen und Sonnenschein abhängt, der auf unsere deutschen Fluren niedergeht, sondern von den Ernten am Laplata und in Indien.

Andererseits müßte der größte Teil unserer deutschen Seeleute feiern, gäbe es für sie keine Beschäftigung in der Weltwirtschaft. Von den Seereisen, die die deutschen Schiffe im Jahre 1905 mit Ladung machten, verkehrten:

a) zwischen deutschen Häfen	47 619 Schiffe mit	3 905 065	Reg.-Tons
b) „ „ und außerdeutschen Häfen .	21 973 „ „	15 298 152	„ „
c) zwischen außerdeutschen Häfen (einschl. der Schutzgebiete)	28 244 „ „	55 963 774	„ „
Zusammen:	97 836 Schiffe mit	75 166 991	Reg.-Tons

Der Löwenanteil entfällt also auf den Verkehr zwischen fremden Häfen, demnach in fremden Diensten, aber zu deutschem Gewinn.

Wenn man von den Engländern absieht, so gibt es kein Volk der Erde, das in gleichem Maße, wie das deutsche über die ganze Erde verbreitet ist. Ja wenn man die außerbritischen und außerdeutschen Herrschaftsgebiete ausschließlich in Betracht zieht, so ist die Verbreitung der Deutschen eine noch größere, als die der Briten.

Und da wollte jemand noch leugnen, daß wir Deutschen mit unserem ganzen Handel und Wandel, mit unserem wirtschaftlichen Wohlbefinden, mit unserem Volkstum mitten in der Weltwirtschaft drin stehen?

Nein, wer sich nicht überhaupt gegen die Anerkennung der Tatsache eines Zustandes der Weltwirtschaft sträuben will, der muß anerkennen[1]), daß das Deutsche Reich und das deutsche Volk mehr als die meisten anderen Kulturvölker Europas zur Beteiligung an der Weltwirtschaft berufen sind, und daß sie schon jetzt in dieser, ohne es zu merken, vielfach eine führende Stellung einnehmen.

Ohne Zweifel hat das deutsche Volk heute in Künsten und Wissenschaften die Führung, und die Welt staunt darüber, wie dieses angeblich unpraktische Volk heute auch die Schätze seines gelehrten Wissens und Könnens in der Wirtschaft zu verwerten weiß. Um unsere Fachschulen, um die Beziehungen unserer Hochschulen zur Landwirtschaft, zur Chemie, zur Technik, zu den vervielfältigenden Künsten beneidet uns alle Welt.

Von Williams in seinem Made in Germany und von anderen Engländern und Franzosen erfahren wir, wie beängstigend das Aufblühen unseres Gewerbefleißes auf die großen Industriestaaten wirkt, die da glaubten, das Monopol aller Ausfuhrgewerbe zu besitzen. Jeder Fabrikant, jeder Handwerker sollte Williams Werk lesen, nicht um sich in dem Gefühl zu berauschen: wie herrlich weit wir es gebracht haben, sondern um zu finden, daß Williams in vielen Einzelheiten leider noch Unrecht hat und da schon Erfolge deutschen Gewerbefleißes sieht, wo bislang nur vielversprechende Anläufe vorhanden sind, und — um Williams Behauptungen und Befürchtungen zur Wahrheit zu machen.

Ohne allen Zweifel hat der deutsche Gewerbefleiß in manchen Zweigen, wie in dem chemischen Großgewerbe, die führende Stellung eingenommen. Und es ist die hier vorliegende Vereinigung von Theorie und Praxis besonders lehrreich.

---

[1]) Diese Anerkennung macht endlich auch in den Kreisen der Meistbeteiligten die aber bisher recht zurückhaltend waren, nämlich der Gewerbetreibenden große Fortschritte. Dies zeigt die Beteiligung der Großindustrie an Weltkartellen, wie z. B. des deutschen Stahlwerksverbandes 1907. Das ist eben „Weltpolitik" — ob freilich eine gute oder böse, das ist eine andere Frage.

In den allermeisten Zweigen können wir aber die zweite Stelle beanspruchen, sei es hinter den Angelsachsen in Europa und Amerika, sei es hinter den Franzosen.

Auch im auswärtigen Handel nimmt Deutschland die zweite Stelle ein. Jedenfalls haben wir hier unseren alten Nebenbuhler Frankreich und unseren neuweltlichen Nebenbuhler, die Vereinigten Staaten, überholt und nur Großbritanniens Handel, doppelt so groß, als der unsere, wird voraussichtlich noch auf lange Zeit hinaus in seiner ersten Stelle stehn und nicht angefochten werden können, wenn auch der Anteil Großbritanniens am Welthandel unausgesetzt sinkt und unser Anteil unausgesetzt steigt.

(So lagen die Dinge 1896. Heute ist die Rangordnung die folgende:

Wert des Spezialhandels (ohne Edelmetalle). Millionen Mark, 1906.

	Einfuhr	Ausfuhr	Zusammen
Großbritannien . . .	10664,8	7661,7	18326,5
Deutsches Zollgebiet . .	8021,9	6359,0	14380,9
Vereinigte Staaten von Nordamerika . . .	5096,4	7215,4	12311,8
Frankreich	4183,5	4034,9	8218,4

Also im Laufe des jüngsten Jahrzehnts hat sich der deutsche Handel dem britischen erheblich genähert. Das Verhältnis ist nicht mehr 6:12 sondern 14:18!

Aehnlich liegt es bei der Handelsflotte und bei der Seeschiffahrt. Noch immer stellt die Handelsflotte Großbritanniens mehr als die Hälfte der Leistungsfähigkeit aller Schiffe der Welt dar und von dem Anteil Großbritanniens bis zum Anteil Deutschlands ist ein gewaltiger Sprung. Immerhin ist der riesige Zwischenraum nur durch die Vereinigten Staaten von Nordamerika besetzt und Großbritannien hat in Europa auch zur See keinen mächtigeren Nebenbuhler als das Deutsche Reich.

Auf einem Sondergebiet der Rhederei, auf dem der Beförderung von Reisenden in Luxusdampfschiffen von Riesenausmaßen nehmen die großen deutschen Schiffsgesellschaften in Hamburg und Bremen sogar die erste Stelle in der Welt ein.)

Es gibt Wirtschaftsgebiete, auf denen wir etwa noch durch Frankreich oder wie in der Steinkohlengewinnung durch die Vereinigten Staaten an die dritte Stelle gedrängt werden. So viel steht aber fest, daß, wenn wir alle Dinge zusammenfassen, Deutschland weltwirtschaftlich den zweiten Rang einnimmt.

Welches ist nun das politische Ergebnis dieser wirtschaftlichen Sachlage, dieser hohen und vielfach führenden Stellung Deutschlands in der Weltwirtschaft?

Es ist ein verhängnisvoller Irrtum unserer Zeit, zu glauben, daß durch einen hohen Rang in der Wirtschaft auch ohne weiteres staatliche Sicherheit und politische Macht gewährleistet seien.

Ganz im Gegenteil!

So weit wenigstens die Weltwirtschaft in Betracht kommt, erwächst aus der hervorragenden Stellung Deutschlands in dieser dem Deutschen Reiche nur eine ganze Reihe der ernstesten Gefahren, und zwar dann, aber dann auch sicher, wenn wir die Dinge nur laufen lassen, wie sie laufen, wenn wir uns nicht dazu ermannen können, einer deutschen Weltwirtschaft eine deutsche Weltpolitik an die Seite zu setzen, mit anderen Worten, das Gleichgewicht zwischen weltwirtschaftlichen Belangen und Weltmacht herzustellen.

Welche wirtschaftlichen Gefahren Deutschland aus einer allzu großen Abhängigkeit vom Weltmarkte drohen, das ist in den jüngsten Jahren aus den Kreisen der deutschen Landwirtschaft laut und deutlich genug ausgesprochen worden. Ich brauche es nicht zu wiederholen.

Noch immer will man aber bei uns nicht an die großen Gefahren glauben, die auch der deutschen Industrie aus einer zu großen Abhängigkeit von einem politisch von uns unabhängigen Weltabsatzgebiete drohen.

Und in noch höherem Grade sind die idealen Gebiete unseres Volkstums, unseres nationalen Denkens und Empfindens bedroht.

In früheren Jahrhunderten ist das deutsche Volksbewußtsein durch das Weltbürgertum der Philosophen, der Dichter, Gelehrten und Theologen gefährdet worden. Sorgen wir dafür, daß in der Zukunft das Weltbürgertum des Großkaufmanns unseren Nationalstaat nicht überwuchere.

Wo unser Geld liegt, da ist leider oft auch unser Herz. Wenn wir in ängstlicher Fürsorge für unseren Gewinn gezwungen sind, über die Grenzen des Vaterlandes hinaus zu blicken, dann kann die Liebe zu diesem minder wichtigen Vaterlande gar zu leicht auf Kosten der fremden Welt da draußen gefährdet werden.

Aus volkserzieherischen Gründen brauchten wir zum Weltbürgertum geneigten Deutschen eigentlich einen geschlossenen Wirtschaftsstaat, umgeben von hohen, chinesischen Mauern. Schon grundsätzlich ist eine

Weltwirtschaft für uns eine Quelle von Gefahren. Da wir nun aber zur Weltwirtschaft gezwungen sind, müssen wir das Gleichgewicht durch andere Maßnahmen der Weltpolitik wieder herstellen.

Dafür wird nun freilich in gewisser Beziehung ohne unser wesentliches Zutun gesorgt werden, und zwar von unseren Gegnern.

Deutschland hat außerhalb seiner Grenzen niemals viele aufrichtige Freunde gehabt. Und die Deutschen als Volk waren eigentlich nur so lange beliebt, als man sie ducken und auf sie mitleidig herabsehen durfte.

Das wird nun anders werden. Die steigende Abneigung unserer angelsächsischen Vettern gegen uns ist das Ergebnis ihrer Furcht vor unserem Wettbewerb in der Weltwirtschaft. Je leistungsfähiger wir auf wirtschaftlichem Gebiete werden, desto höher steigt die Eifersucht der großen Kulturvölker auf uns.

Die eifersüchtige uns abträgliche Stimmung ist bereits vorhanden, sie wird sich aber bald auch in politische Maßregeln umsetzen, in Maßregeln der Abwehr und des Angriffes.

Je mehr sich die deutsche Kraft in der Weltwirtschaft betätigt, desto strenger werden sich die alten Handels- und Industrievölker von uns abschließen und desto gewaltsamer werden sie vor uns Eindringlingen die Tore der Absatzgebiete verschließen, die politisch von jenen abhängen.

Der Blinde kann es sehen, nur unsere Freihändler wollen es noch nicht begreifen, daß in der nächsten Zukunft, sogleich am Beginne des 20. Jahrhunderts sich große geschlossene Weltwirtschaftsgebiete bilden werden.

Zunächst im Osten das große russische Reich, das in seinem Hinübergreifen von Europa auf andere Weltteile politisch immer anspruchsvoller, wirtschaftlich aber immer selbstgenügsamer wird. In diesem Reiche, in dem die Sonne nicht mehr untergeht, wachsen die Erzeugnisse der Subtropen ebenso, wie die der gemäßigten Himmelsstriche. Was braucht das russische Weltreich des 20. Jahrhunderts noch die Einfuhr aus dem „faulen Westen?"

Das russische Weltreich wird vielleicht die vorbildliche Verwirklichung des alten theoretischen Gedankens vom isolierten Staate werden.*)

Aber auch in der angelsächsischen Welt bereitet sich die Zusammenfassung und Abschließung eines oder zweier großer Wirtschaftsgebiete vor. Ob die „kaiserliche" Politik in Großbritannien die straffere,

*) An diesen dauernden Richtlinien wird auch die heutige Revolution wenig ändern.

wirtschaftliche Zusammenschließung der über alle Erdteile verbreiteten mächtigen Gebiete des britischen Weltreiches als Mittel zum Zwecke einer strammeren politischen Zusammenfassung, einer zentralisierteren Herrschaftsausübung betrachtet, oder ob die Briten umgekehrt einen Bund oder ein britisches Welt-Kaisertum anstreben, um dabei bessere Geschäfte zu machen, kann uns völlig gleichgültig sein. So viel steht fest, daß maßgebende englische Staatsmänner eine Zusammenfassung der staatlichen Kräfte Alt-Englands mit denen von Australien, Indien, Süd- und Nordafrika und von Kanada anstreben, daß sie unter völliger Preisgebung der früher Großbritannien nützlichen Freihandelslehre bereit sind, zu einer Politik der Begünstigung überzugehen, daß sie die Erzeugnisse der fremden Welt von den britischen Märkten ausschließen, Großbritannien den Absatz in seinen Kolonien vorbehalten und diesen den heimischen Markt sichern wollen. Selbst wenn diese Bestrebungen sich nicht in ganz bewußter Weise gegen den lästigen Wettbewerb Deutschlands richten würden und aus dieser Stimmung heraus überhaupt erst entstanden wären, so müßte ein geschlossenes britisches Wirtschaftsgebiet sich mit eben derselben Sicherheit gegen Deutschland geltend machen, wie seinerzeit die Navigationsakte gegen die Niederlande.

Ob auch die Bestrebungen der Yankees, ihr schon jetzt durch die höchsten schutzzöllnerischen Mauern abgeschlossenes Wirtschaftsgebiet auch auf das übrige amerikanische Festland auszudehnen, von Erfolg gekrönt sein werden, scheint allerdings zweifelhafter zu sein. Und der wirksamere Widerstand wird vielleicht mehr von dem angelsächsischen Kanada als von den spanischen und portugiesischen Freistaaten von Mittel- und Südamerika ausgehen; vielleicht heben sich die Bestrebungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten für einige Zeit in Amerika gegenseitig auf. Das aber ist mit Sicherheit zu erwarten, daß der amerikanische Markt uns Deutschen im kommenden Jahrhundert nicht mehr in derselben Weise offen stehen wird, als in dem verflossenen. Und wenn uns amerikanische Zollvereine und Schutzzölle selbst diesen Markt nicht verkümmern werden, so wird dies die dort in immer schnellerer Gangart sich entwickelnde heimische Industrie tun. Amerika wird in absehbarer Zeit auf das Maß des internationalen Güteraustausches herabsinken, das jetzt zwischen den europäischen Industriestaaten besteht.

Zu allen diesen Gefahren für die Beschränkung der deutschen Ausfuhrmärkte kommt nun hinzu, daß die politischen Träger jenes östlichen

und jenes westlichen Wirtschaftsgebietes Rußland und England nicht nur, sondern auch das uns wirtschaftlich an sich minder gefährliche Frankreich auf das eifrigste bei der Arbeit sind, die Märkte Asiens und Afrikas an sich zu reißen und sie durch unmittelbare Herrschaftsausübung sich dauernd zu sichern. Eine Teilung Afrikas und nun auch Asiens folgt immer auf die andere und straft die alte Redensart Lügen, daß die Welt verteilt sei.

Der uns frei zur Verfügung stehende Weltmarkt wird also immer enger werden und mit der steigenden Leistungs- und Unterbietungsfähigkeit Deutschlands auf industriellem Gebiet wird der Haß der alten und neuen Kulturvölker gegen uns immer mehr steigen. Wenn dann unsere Nebenbuhler aus Ost und West sich zu einem wirtschaftlichen Kriege, zu einem Weltboykott gegen uns die Hand reichen werden, dann gilt es für uns wirklich einen Kampf ums Dasein zu führen. Und aus dem Wirtschaftskriege werden wahrscheinlich bald blutige Koalitionskriege sich entwickeln, bei denen Deutschland ja stets den Nachteil seiner ungünstigen geographischen Lage zu fühlen haben wird.

Fällt bei diesen Kämpfen die Entscheidung gegen uns, dann wird das Deutsche Reich neue und alte Provinzen an seine Nachbarn verlieren, es wird aber auch politisch und wirtschaftlich auf die Stufe etwa der Niederlande oder vielleicht gar Spaniens und Portugals herabgedrückt werden. Die deutsche Handelsflagge verschwindet von den Meeren, und auf dem Pflaster unserer Großstädte wird ebenso Gras wachsen, wie auf dem der einst blühenden Industriestädte der Niederlande oder Spaniens.

Was ist derartigen Gefahren gegenüber, die mit Sicherheit die Zukunft Deutschlands bedrohen, zu tun?

Eine höhere Anspannung der vorhandenen Kräfte wird kaum ausreichen, weil diese Kräfte zwar noch bei weitem nicht vollkommen ausgenutzt, aber doch schon in hohem Grade in Anspruch genommen sind.

Wir werden also versuchen müssen, uns neue Kräfte zu sichern durch Gewinnung einer breiteren Grundlage für Deutschlands wirtschaftliche und politische Macht.

Daß die heutige wirtschaftliche Blüte des Deutschen Reiches unmöglich wäre, ohne die vorausgegangene Einigung des Gebietes im deutschen Zollvereine, dürfte von niemandem bezweifelt werden. Was liegt da näher, als die betretenen Bahnen weiter zu verfolgen? Um so mehr als die geistigen Urheber des deutschen Zollvereins, die Friedrich

List, Nebenius und andere, ein viel größeres Gebiet, als das vorhandene, schon vor zwei Menschenaltern bei ihren Plänen vor Augen hatten.

Die Schaffung eines mitteleuropäischen Zollvereins ist die große Aufgabe des jetzt lebenden Geschlechtes. Wir hoffen bald in der Lage zu sein, an anderer Stelle den Beweis der Notwendigkeit dieser Forderung zu führen.[1]) Leider sind die alten Pläne eines Friedrich List so sehr aus dem Bewußtsein unserer Zeit geschwunden — aber wir wollen gerecht sein, auch die Verhältnisse haben sich in den letzten 60 Jahren so vielfach verändert — daß es heute wieder nötig sein wird, die Grundlagen solcher mitteleuropäischen Zollvereinigungspläne neu zu schaffen und somit auch die Vorfrage zu beantworten, auf welche Staaten denn ein mitteleuropäischer Zollverein erstreckt werden soll. Gewiß ist diese Frage noch offen und es gibt heute ebenso Vertreter der Meinung, es möchte ein solcher Verein auf das Deutsche Reich und auf Oesterreich-Ungarn beschränkt werden, wie von anderen Seiten die Zusammenfassung von ganz Europa mit Ausschluß von Rußland und Großbritannien ins Auge gefaßt wird.

Die größte Wahrscheinlichkeit hat die Erstreckung des Vereins auf das Deutsche Reich, Oesterreich-Ungarn, Belgien und Holland, vielleicht auch auf die Schweiz und Rumänien für sich.

Der jetzige deutsche Zollverein hat ein Gebiet von 542070 qkm mit [1907] mehr als 62 Millionen Einwohnern und einem auswärtigen Handel von [1906]: 14380 Millionen Mark. Eine Ausdehnung auf Belgien und Holland, die Schweiz sowie Oesterreich-Ungarn mit Bosnien und der Herzegowina würde ein einheitliches geschlossenes Zollvereinsgebiet von 1322238 qkm mit mehr als 126 Mill. Einwohnern schaffen, die bisher jährlich für 4073 Mill. Mark Güter untereinander austauschten und einen gemeinsamen auswärtigen Handel von 24464 bzw. 16318 (24464 — 4073 × 2 = 16318) Mill. Mark haben. Ein derart begrenzter mitteleuropäischer Zollverein würde also annähernd mit dem doppelten Gewicht in die Wagschale der Weltwirtschaft fallen und mit der doppelten Wucht das Zollausland beeinflußen, als der bisherige deutsche Zollverein. Er würde das Gebiet wirtschaftlich wieder zusammenfassen, das einst politisch das alte Deutsche Reich ausmachte. Eine Hinzunahme Rumäniens würde das volle Stromgebiet der Donau den Gebieten des Rheines, der Elbe und Oder

[1]) Es soll dies in einem der nächsten Hefte, wahrscheinlich dem vierten Hefte dieses zweiten Bandes unserer Deutschen Politik unter dem besonderen Titel „Der mitteleuropäische Zollverein" geschehen.

hinzufügen und den mitteleuropäischen Zollverein ebenso auf die Nordsee und Ostsee wie auf die Adria und das Schwarze Meer stützen und geographisch betrachtet vielleicht das denkbar günstigste Wirtschaftsgebiet darstellen.

Es liegt auf der Hand, daß es bei der Vereinigung und dem Zollanschluß sein Bewenden nicht haben kann, sondern daß der Verein sich auch auf andere Gebiete des Wirtschaftslebens, namentlich auf das Verkehrsgebiet, erstrecken müßte. Ja, die Herstellung gleicher Einrichtungen auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens, der Post und der Telegraphie könnte und sollte der Zollvereinigung vorangehen. Sie durchzuführen sichert einem zweiten Stephan unvergänglichen Ruhm. Die Vereinigung der Stromgebiete der Donau, der Oder, Elbe und des Rheines zu einem einzigen Netz der Binnenschiffahrt Mitteleuropas ist ja in der glücklichsten Weise bereits angebahnt worden. Um die Waffen innerhalb des Gebietes gleich zu machen, müßte auch eine Uebereinstimmung in der Gewerbe- und Sozialgesetzgebung gesichert werden.

Wir wollen es dahingestellt sein lassen, ob diese Vereinigungen auf eine völkerrechtliche oder auf eine staatsrechtliche Grundlage zu stellen wären. So viel ist klar, daß es zu einer *staatsrechtlichen Ausgestaltung der Beziehungen* des Deutschen Reiches zu seinen *befreundeten Nachbarn* kommen muß. Das ist ein Ziel, das für Oesterreich dem Fürsten Bismarck schon im Jahre 1864 vorgeschwebt hat und heute ist es eine Forderung, zu der sich die neuen Parteien in Oesterreich schon laut und offen bekennen. Nicht lange wird es dauern und man wird auch an den Mündungen des deutschen Rheines erkennen, daß die Wiederherstellung des alten staatsrechtlichen Bandes mit dem Deutschen Reiche bei aller Freiheit der Einzelstaaten möglich ist und noch viel mehr im Vorteil der kleineren von der Weltwirtschaft erdrückten Staaten liegt, als in dem des großen, mächtigen, „satten" Deutschen Reiches.

Die Freiheit im Innern und die Einigkeit nach außen wird den Grundzug eines mitteleuropäischen Zollbundes bilden können und müssen. Und da die Grundlagen der Vereinigung wirtschaftliche und wirtschaftspolitische im Rahmen der Weltwirtschaft sind, wird auch der Vertreter der Vereinigung zunächst sein Absehen auf den Schutz der gemeinsamen wirtschaftlichen Belangen nach außen zu richten haben. Daraus ergibt sich die Forderung einer starken, mächtigen, gemeinsamen *Kriegsflotte*, deren Kosten aus den gemeinsamen Zolleinnahmen bestritten werden könnten.

Aber zur Vertretung der gemeinsamen auswärtigen, insbesondere überseeischen Belangen könnten noch andere Werkzeuge nutzbar gemacht werden, die im Grunde bereits vorhanden sind, aber noch nicht genügend in die Erscheinung treten. Wir meinen die Organisationen des überseeischen Deutschtums und verstehen unter diesem ebenso das im Reiche, wie das in Oesterreich-Ungarn, in der Schweiz und in den Niederlanden beheimatete.[1]) Schon jetzt finden wir vielfach im Auslande glückliche Vereinigungen dieses Alldeutschtums. Aber es fehlt an der Zusammenfassung in Handelskammern und in gesetzlich anerkannte Körperschaften, Schutzgemeinschaften und Siedelungsgesellschaften. Schon in seiner jetzigen Zersplitterung ein mächtiger Faktor in dem Wirtschaftsleben überseeischer Gebiete, würde dieses Volkstum, in gleicher Weise geschlossen, wie das Angelsachsentum, eine gewaltige Macht in fremden Ländern gewinnen.

Ja, leider immer noch nur in fremden Ländern. Denn leider hat das Deutschtum als solches noch immer keine eigenen Auswanderungsgebiete. Auch die Schutzgebiete Deutschlands eignen sich mit einzelnen Ausnahmen ebenso wenig dazu, wie die Kolonien der Niederlande, seitdem diese ihre eigentlich dem Deutschtum zugedachten Gebiete in Nordamerika und Südafrika an die Angelsachsen verloren haben.

Eine deutsche Weltpolitik muß sich die Gewinnung geeigneter Auswanderungsgebiete zu einer der ersten Aufgaben machen. Am besten wäre wohl die Ausdehnung des vorhandenen geschlossenen deutschen Siedelungsgebietes in Mitteleuropa.[2]) Kommt diesem Bedürfnis nicht die Gunst außerordentlicher Glücksumstände zustatten, so wird man sein Absehen auf möglichst nahe gelegene Gebiete zu richten haben, wie sie sich z. B. aus der Auflösung der Türkei in Kleinasien ergeben. Aber auch sonst noch gibt es „Freiland" in der Welt, das freilich nur dem Mutigen, dem fest Zugreifenden gehört.

Der Bedarf an Kultivationsgebieten scheint gedeckt zu sein, aber auch nur dann, wenn man den deutschen Schutzgebieten die der beiden Niederlande, das niederländische Indien und das gewaltige Kongo-Gebiet Belgiens hinzurechnet, in dem Sinne, daß diese Gebiete

---

[1]) Es soll dies in einem der nächsten, wahrscheinlich schon im 2. Hefte dieses II. Bandes unserer Deutschen Politik unter dem besonderen Titel „Das Deutschtum im Auslande" geschehen.

[2]) Diese Fragen haben wir eingehend im 3. Hefte desgl. Bandes unserer Deutschen Politik „Deutsche Grenzpolitik" behandelt, vergl. bes. S. 171.

als das gemeinsame Arbeitsfeld der Staaten des mitteleuropäischen Zollvereins angesehen werden.[1])

Unsere deutsche Industrie bezieht jährlich aus dem Auslande für 4000 Millionen Mark Rohstoffe, vorwiegend aus überseeischen und fremdherrlichen Gebieten. Die Vereinigten Staaten liefern uns allein jährlich für 330 Millionen Mark rohe Baumwolle; an roher Schafwolle beziehen wir für 80 Millionen Mark unmittelbar aus britisch Australien, 81 Millionen Mark aus Argentinien, 13 Millionen Mark vom Kap, daneben auf Umwegen aus eben diesen Ursprungsländern für 16 Millionen Mark über England und 25 Millionen Mark über Belgien.

Mit dem steigenden Wohlstande kaufen wir in steigenden Mengen Genußmittel, sogenannte Kolonialwaren, aus fremden Kolonialländern, aus Brasilien allein für 75 Millionen Mark Kaffee und 12 Millionen Mark Tabak. Eigentümlicherweise beziehen wir aber jährlich aus Brasilien Waren im Gesamtwerte von 188 Millionen Mark, während wir dorthin nur für 88 Millionen Mark Waren absetzen. Aehnlich ungünstig liegen unsere Verhältnisse zu Rußland, dem wir für 1067 Millionen Mark abkaufen und nur für 406 Millionen Mark liefern. Die Länder des mitteleuropäischen Zollvereins haben gewiß einen Bedarf von mehr als 2 Milliarden ausländischer Industrierohstoffe und von mehr als einer Milliarde ausländischer, besonders überseeischer Genußmittel.

Wir werden nur dann in der Lage sein, mit allen den Ländern, welche diese für uns unentbehrlichen Rohstoffe und Genußmittel liefern, vorteilhafte Handelsverträge abzuschließen, die es uns möglich machen, entsprechende Gegenwerte an Gewerbeerzeugnissen an diese selben Länder abzusetzen, wenn wir deren *Monopole* in der Lieferung dieser Rohstoffe und Genußmittel *brechen*, wenn wir einen namhaften Teil unseres Bedarfes an Baumwolle und Schafwolle, an Tabak, Kaffee, Kakao, Gewürzen und womöglich auch an Erdöl in unseren *eigenen* Kolonien erzeugen können, also in den Kolonien der zum mitteleuropäischen Zollbund vereinigten Länder. Die mit jedem Jahre schwieriger sich gestaltende Lage bei Abschluß von *Handelsverträgen* wird einst für uns nur durch den Besitz tropischer und subtropischer Kultivationsgebiete von genügendem Umfange und genügender Ent-

[1]) Mit allen diesen Fragen werden wir uns gründlich in dem III. Bande unserer Deutschen Politik „Deutsche Kolonialpolitik" zu beschäftigen haben.

wickelung erträglich werden. Das sollten die Gegner einer Kolonialpolitik beherzigen, die das einzige wirtschaftliche Heil in dem Abschluß von Handelsverträgen, insbesondere von Meistbegünstigungsverträgen erblicken.

Wenn man vertragsmäßig Vorteile auf friedlichem Wege erreichen will, muß man in der Lage sein, Vorteile einzuräumen, aber auch wirtschaftliche Nachteile zuzufügen, etwa in dem Verzicht auf den Besitz von Stoffen, die bisher das Alleinrecht des anderen vertragschließenden Teiles waren.

Leider ist es aber nicht zu bezweifeln, daß viele Staaten in der Zukunft bei allem guten Willen nicht in der Lage sein werden, uns eigentliche Vorteile für unsere Ausfuhr bei dem Abschluß von Handelsverträgen zu bieten. Sie decken ihren Bedarf in steigendem Maße selbst und brauchen uns nicht mehr.

Dann wird der Kampf um den noch nicht, oder nicht mehr verteilten Erdball von neuem entbrennen. Wenn England, Frankreich und Rußland jetzt ungemessene Landgebiete in Afrika und Asien an sich reißen, so fehlt unsern Freihändlern dafür alles Verständnis. Und doch ist diese angeblich krankhafte Ländergier nichts anderes als eine kluge, weit hinausschauende Weltpolitik, welche schon jetzt dafür sorgt, daß in jener künftigen Zeit den englischen, französischen und russischen Großgewerben Absatzgebiete gesichert bleiben, die von einem fremden guten Willen nicht abhängig sind.

Denn Herrschaft geht über Vertrag. Auch der günstigste Handelsvertrag läuft zu Ende und seine Fortsetzung ist von dem guten Willen einer fremden Macht abhängig.[1])

Das Deutsche Reich muß also für sich selbst und seine Verbündeten in einem künftigen Zollbunde so große Gebiete der Erde unter seine Botmäßigkeit bringen, daß Absatzgebiete für die Industrie eines mitteleuropäischen Zollvereins mindestens auf ein Jahrhundert zur Genüge vorhanden und gegen jede wettbewerbende Fremdherrschaft sicher gestellt sind. Diese Absatzgebiete finden sich leider nur teilweise in den vorhandenen Schutzgebieten, in den Kultivationsgebieten mit

[1]) Das gilt namentlich von dem Vertragsverhältnisse der jetzt so beliebten „offenen Tür". Dieses Verhältnis schwankt überhaupt zwischen Vertrag und Duldung. Der Vertrag hat nur so lange eine Bedeutung, als Dritte dies dulden. Man kann es wohl verstehen, daß man sich mit der „offenen Tür" begnügt, wenn man zu schwach oder zu ungeschickt ist, etwas Besseres zu erreichen; aber die offene Tür zur Theorie zu machen, wohl gar zum Ideale, das ist der Gipfel der Torheit.

ihren Bevölkerungen von einem beschränkten Kulturbedürfnis. Über die Welt ist außerhalb Europas eigentlich nur insoweit verteilt, als sie sich im Besitze der großen Kulturstaaten Großbritannien, Frankreich, Rußland und der Vereinigten Staaten von Nordamerika befindet. Die geschichtliche Entwickelung eines Teils von Amerika und von ganz Afrika und Asien ist eigentlich weiter nichts, als eine fortgesetzte Verteilung der Welt, wobei die abgewirtschafteten Kolonialvölker verschwinden und neue Herren an ihre Stelle treten. Heute sind es die Türkei und China, die der Weltpolitik der genannten Kulturstaaten zur Beute fallen. Sorgen wir dafür, daß bei der Aufteilung der Türkei und Chinas auch das Deutsche Reich gebührenden Anteil erhält,[1]) groß genug, um einige hundert Millionen Abnehmer dauernd an die Erzeugnisse des deutschen Gewerbefleißes zu fesseln.

Wenn auf diesem Wege eine kühne, aber umsichtige und verständige deutsche Weltpolitik einer künftigen deutschen und mitteleuropäischen Wirtschaft die Unabhängigkeit auf dem Weltmarkte gesichert haben wird, so wird sie sich doch davor zu hüten haben, auf diesem Wege ihre Wirtschaft in neue Fesseln zu schlagen.

Gerade bei der Forderung einer tatkräftigen deutschen Weltpolitik kann es nicht genug betont werden, daß es sich bei der Weltwirtschaft nicht um sie als Selbstzweck, sondern nur um ein Mittel zum Zwecke des Gedeihens der heimischen Nationalwirtschaft handelt.

Nichts wäre gefährlicher, als wenn man in Deutschland und Mitteleuropa ohne Bedenken die Spuren Englands verfolgen und die gesamte Wirtschaft auf die Ausfuhr, den überseeischen Handel, die ausländischen Unternehmungen zuschneiden wollte.

Eine deutsche Weltpolitik wird nichts anderes tun können, als das Gleichgewicht herstellen zwischen der heimischen, europäischen und der fremden überseeischen Wirtschaft, wobei das Hauptgewicht

[1]) Wer an der „Aufteilung" der Türkei Anstoß nimmt und die Unversehrtheit der Türkei an sich und für unsere Belange für das Vorteilhaftere hält, der muß für die Einbeziehung der ganzen Türkei in das Herrschaftsgebiet der mitteleuropäischen Großmächte eintreten. Man müßte dann nach britischen Vorbildern von der „Kontrolle" der Balkanländer und Kleinasiens durch die mitteleuropäischen Mächte reden. Von Marokko und damit vom Reste von Afrika darf man heute 1907 schon gar nicht mehr sprechen. Für dort hat uns Algeciras einen Wechsel auf eine offene Tür ausgestellt, den Frankreich aber nicht auszahlt.

immer auf der ersteren beruhen muß. Bei der Weltwirtschaft gilt es nur, die Unabhängigkeit von fremder Einschränkung und Beeinflussung zu wahren. Aber der äußere Markt wird immer nur als Ergänzung des inneren Marktes zu dienen haben, als Mittel zur Steigerung des heimischen Wohlstandes, zur Ausgleichung und nicht zur Verschärfung von Welthandelskrisen, aber niemals als Selbstzweck, sondern als Mittel zum Zweck der heimischen nationalen Unabhängigkeit und Wohlfahrt.

Wir brauchen es nicht erst auszusprechen, daß deshalb der heimischen Landwirtschaft das Fortbestehen, ja sogar ein gesteigertes Blühen und Gedeihen möglich gemacht werden muß. Das ist es ja eben, was ein planloses Leben in einer Weltwirtschaft mit seinen allbekannten Gefahren für die europäische Landwirtschaft von einer planmäßigen Weltpolitik unterscheidet, daß die letztere es verhindern kann, die heimische Landwirtschaft dem Auslande Preis zu geben. Denn ohne für die Landwirtschaft günstige Schutzzölle und ohne eine solche Verkehrspolitik ist eine deutsche Weltpolitik undenkbar.

Das alles sind Fragen, die nicht erst in einer nebelhaften Zukunft an uns herantreten werden, sondern schon binnen wenigen Jahren.[1]) Im Jahre 1903 laufen die meisten Handelsverträge des Deutschen Reiches mit fremden Staaten ab. Schon vorher werden wir uns also darüber zu verständigen haben, ob wir die Handelspolitik vom Jahre 1904 an auf eine weltwirtschaftliche Grundlage stellen, also ob wir deutsche Weltpolitik treiben wollen oder nicht.[2]) Aber schon jetzt stehen wir in der Erörterung solcher Fragen mitten drin, freilich ohne daß die meisten ahnen, daß es sich um weltpolitische Fragen handelt. Die Entwickelung unserer staatlich unterstützten Dampferlinien muß unter dem Gesichtspunkte behandelt werden, daß es sich fragt, ob die Unabhängigmachung des deutschen Post-Fahrgast- und Eilfrachtverkehrs mit Ostasien von fremder Bevormundung durch Privatgesellschaften ohne oder nur mit Reichszuschüssen geleistet werden kann.

Schüchterne Versuche sind gemacht worden, auch den deutschen telegraphischen Weltverkehr aus den Banden des britischen Monopols zu befreien. Diese Versuche müssen durch Legung deutscher über-

[1]) So schrieb ich 1896!

[2]) Das ist ja nun inzwischen geschehen. In dem neuen Zolltarif und in einigen Handelsverträgen sind die Waffen für eine deutsche Weltpolitik geschmiedet worden. Aber wir warten vergebens auf die Anwendung dieser Waffen, vor allem aber auf die Vervollständigung unserer Rüstung durch Handelsverträge mit Großbritannien, dessen Kolonien und mit Amerika.

seeischer Kabel zielbewußt fortgesetzt werden. Hierbei gilt es nicht bloß, unseren Verkehr mit unseren Schutzgebieten der fremden Ueberwachung zu entziehen, sondern auch den Verkehr mit Gebieten, auf denen wir große politische und Handelsbelangen zu vertreten und uns vor den Indiskretionen sogenannter internationaler Gesellschaften zu schützen haben, wie mit Nord- und Südamerika, Südafrika und Ostasien.[1])

Eine fernere Aufgabe der deutschen Weltpolitik besteht in der Unabhängigmachung der deutschen Weltwirtschaft von der fremden Spedition, Kommission und vor allem von dem fremden Bankwesen. Die Milliarden von Werten, die zwischen Deutschland und dem Auslande jährlich hin- und herfluten und an denen jetzt das englische Bankwesen Dutzende von Millionen verdient, müssen in Zukunft durch deutsche überseeische Banken geregelt werden. Hier handelt es sich aber durchaus nicht nur um die Ersparung von Provisionen größten Betrages für unseren überseeischen Handel, sondern vor allem um Gewinnung wirtschaftlicher Macht. „Das Wesen namentlich der weltwirtschaftlichen Macht Englands liegt in der Art der Verwendung seines Kapitals, nicht etwa in der absoluten Größe desselben, die ja erst das Ergebnis solcher Verwendung ist. Wir haben überflüssig genügend Kapital, um eine deutsche Weltwirtschaft zu inaugurieren, wenn wir nur den nötigen Sinn und den freien Blick hätten, um dasselbe in einem weiteren weltumfassenden Wirkungskreise zu betätigen."

Wir möchten diese Gedanken Hübbe-Schleidens (1882!) in die Form kleiden, daß wir sagen, eine deutsche Weltpolitik muß das in Milliarden im Auslande befindliche aber fremden dienstbare Geld in deutsches Kapital verwandeln. Statt daß wir Fremden Darlehen machen, über die diese nach ihrem Gutdünken verfügen und uns nach Belieben Zinsen zahlen oder auch nicht, müssen ausländische auf deutschem Kapital aufgebaute Unternehmungen ein deutsches Gepräge annehmen oder behaupten.

Daß Geld ein Machtmittel ist, vielleicht heute das wichtigste, weiß jedermann. Aber der Deutsche macht im Auslande in seiner internationalen Bescheidenheit, seiner „Objektivität", seiner Unpassung an das Fremde und Unterordnung unter die Fremden davon fast niemals Gebrauch. „Der Londoner Kredit trägt vielleicht mehr als

[1]) Diese Fragen sollen eine gründliche Behandlung finden in dem 3. Hefte des II. Bandes unserer deutschen Politik „Der deutsche Weltverkehr".

irgend etwas anderes dazu bei, die Weltwirtschaft mehr und mehr für England zu monopolisieren und den Verkehr der ganzen überseeischen Welt zu anglisieren." (Hübbe-Schleiden.) Heute ist nichts in Deutschland so unvolkstümlich und so unbeliebt, als die Börse und das bewegliche Großkapital. Beide würden frische Lebenskräfte und eine bislang ungeahnte volkstümliche Beliebtheit gewinnen, wenn sie sich im großen Stile und planmäßig in den Dienst einer deutschen Weltpolitik stellen wollten.[1])

Wird nun eine deutsche Weltpolitik zur Weltherrschaft, zur Errichtung eines deutschen Weltreiches führen müssen?

Ja und nein!

Jede Politik, die diesen Namen beansprucht, strebt nach einer gewissen Machtentfaltung, einer gewissen Herrschaftsausübung. Das unterscheidet sie eben von dem Manchestertum, das nichts anderes ist, als ein Verzicht auf das Wollen zur Tat.

Gewiß wird eine solche deutsche Weltpolitik auch zu einer Herrschaft über Naturvölker und Völker von niederer Kultur führen. Hierin liegt ja, was Hübbe-Schleiden schon 1879 nachgewiesen hat, die höchste Anwartschaft auf einen hohen wirtschaftlichen Gewinn, aber auch die einzige Möglichkeit, die höchsten Aufgaben der Menschheit zu erfüllen, nämlich die Erhebung von Barbaren zu Kulturvölkern. Das deutsche Volk, ohne Zweifel das berufenste gerade für diese Aufgabe, hat sich merkwürdiger Weise zuletzt unter allen großen Völkern der Gegenwart, gerade auf diese seine Aufgabe besonnen. Die heutige Unsicherheit des Auftretens auf diesem Gebiete ist nichts anderes, als der Einfluß einer künstlich fortgesetzten Abhaltung von der natürlichen Betätigung.[2])

Eine deutsche Weltpolitik wird im schlimmsten Falle auch vor der Anwendung von Gewalt gegenüber anderen Kulturvölkern nicht zurückscheuen dürfen. Denn wenn sie verlangt und verlangen muß, daß

[1]) Von großer Bedeutung ist auch die finanzielle Rüstung Deutschlands über den Juliusturm hinaus in unserer Währung, unserem Geldvorrat und unserem Bankwesen. Vgl. hierüber Dr. jur. v. Flöckher: Ist Deutschland finanziell gerüstet? Berlin, Karl Curtius, 1907. Mk. —.60. Allerdings vermögen wir den Vorschlägen Flöckhers nicht allenthalben beizupflichten. Die stärkere Anhäufung des baren Geldes in den Banken scheint uns bei Beginn eines Krieges den Ausbruch einer Panik eher zu fördern, als zu mildern.

[2]) Seitdem dies 1896 gedruckt war, ist glücklicherweise ein lebhafter Fortschritt zu bemerken.

keine Verschiebung der Machtverhältnisse, keine wesentliche Veränderung der Besitzverhältnisse zwischen den großen und mächtigen Völkern der Erde vor sich gehe, ohne daß Deutschland seine Zustimmung dazu erteilt und wenn diese Zustimmung nur im Falle der Gewährung gleicher Vorteile auch an Deutschland ausgesprochen wird, so liegt darin eigentlich nur eine Uebertragung der jahrhundertelang in Geltung gewesenen Politik des sogenannten Konzertes der europäischen Großmächte auf die heutigen Weltmachtverhältnisse. Aber es kann nicht geleugnet werden, daß diese Politik ebenso wie die Handelspolitik eines Cromwell oder Colbert zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den großen Mächten führen kann. Im Kampf ums Dasein siegt eben nur der, der auch die Probe besteht. Es ist jedoch eine bewußte Irreführung, es so darstellen zu wollen, als müsse eine deutsche Weltpolitik ein Weltreich anstreben, nach der Art der mit Recht verurteilten Weltreiche des Altertums und der neueren Zeit.

Das was ein künftiges deutsches Weltreich von den Weltreichen der asiatischen Völker, Roms aber auch Napoleons I. unterscheiden wird, das ist, daß Deutschland gemäß der duldsamen Natur des deutschen Volkes, niemals den Anspruch auf Alleinherrschaft in der Welt erheben, sondern daß es stets nur eine den anderen Weltreichen ebenbürtige Stellung anstreben wird. Und ein deutsches Weltreich wird auch stets darauf verzichten, die Oberherrschaft über andere Kulturvölker an sich zu reißen, ebenfalls im Unterschiede von einem napoleonischen Weltreiche, das die Herrschaft des französischen über das deutsche, italienische und spanische Volk anstrebte.

Groß, mächtig und frei, aber friedfertig und duldsam gegen gleichgeartete Kulturvölker, das wird immer die Losung einer deutschen Weltpolitik bleiben.

Wir wollen auch außerhalb unserer Reichsgrenzen frei von fremdem Einfluß, fremder Bevormundung und Bewucherung bleiben. Aber wenn man uns den nötigen Ellbogenraum gewährt, dann gönnen wir auch Anderen Luft und Licht und Anteil an der Herrschaft über die täglich enger werdende aber doch für die Menschheit noch genügende Erde.

Damit glauben wir eigentlich den Beweis für die Berechtigung, die Notwendigkeit und die Unbedenklichkeit einer deutschen Weltpolitik erbracht zu haben. Aber wir wissen, daß unsere Beweisführung doch nur bei einem beschränkten Teile unseres Volkes ihren Zweck, nämlich den der Ueberzeugung, erreicht haben wird.

Wie erklärt sich dies?

Wir glauben, es liegt dies an der ganzen Weltanschauung, von der aus man an die Beurteilung derartiger großer neuer, durch die Erfahrung noch nicht beantworteter Fragen herantreten kann und muß. Einen richtigen Standpunkt gewinnt man nur bei richtiger Wahl der Ideale, d. h. der Gegenstände, die den Inhalt unserer Hoffnungen und Wünsche bilden.

Es liegt auf der Hand, daß die Vertreter des Individualismus niemals zur Forderung einer Weltpolitik gelangen können. Ihnen geht schon jede wirkliche Politik gegen die Natur. Denn die Politik verlangt einen Verzicht des Einzelnen zugunsten einer größeren Gesamtheit. Nun, der schroffe Individualismus, dessen Verdienste um die Entwickelung der Menschheit wir nicht verkennen wollen, ist ja überwunden. Er hat seine politischen Epigonen nur noch im Freisinn[1]) und in der Anarchie.

Aber auch die Vertreter des anderen Extrems, des Menschheitsideales werden in unsere Forderungen nicht einstimmen können. Den großen Weltbürgern des vorigen Jahrhunderts war die Nation nichts anderes, als ein Baustein im Gefüge der Menschheit und oft kaum dies. Sie würden sich gegen die Schranken aufgelehnt haben, die durch eine Weltpolitik doch zwischen den großen Völkern der Erde neu hätten errichtet werden müssen. Heute gibt es auf weltlichem Gebiete kaum noch belangreiche Vertreter dieser Anschauung. Sie hat sich in die kirchlichen Kreise geflüchtet, dort aber eine Abschwächung erfahren, insofern man seinen Kuß nicht mehr der „ganzen Welt" bietet, sondern nur noch die Gemeinschaft der Gläubigen, d. h. die Gläubigen einer bestimmten Richtung, umarmen möchte. Die Vertreter dieser Anschauung treiben auch eine Weltpolitik, aber eine solche, die sich vielfach im Gegensatze zu den Nationalitäten bewegt. Auch sie werden von einer deutschen Weltpolitik wenig wissen wollen.

Der Staat an sich war das Hochziel großer Philosophen und Staatsmänner. Die Weltpolitik geht über den Rahmen des Staates hinaus, der sich in seiner Vorstellung ausschließlich an das Staatsgebiet klammert.

Unser Jahrhundert hat bestimmte Formen des Staates bevorzugt und die heutigen politischen Parteien sind vielfach die letzten Freunde derartiger Staatsideale, von denen die Einen für den Frei-

[1]) So mußte ich 1896 schreiben. Wir wollen 1910 nachprüfen, wie weit sich diese Auffassung in diesen Kreisen gewandelt hat. Vielleicht hat man sich inzwischen völlig unserer Meinung von 1896 zugewendet.

ſtaat, die Anderen für das Königtum, die Dritten für den Rechtsſtaat und die Vierten für einen Ausgleich zwiſchen dieſen, nämlich für die konſtitutionelle Monarchie ſchwärmen. Eine Weltpolitik ſieht von den Unterſchieden zwiſchen dieſen Formen völlig ab. Sie kennt weder das Staatsideal noch ideale Staaten.

Dasſelbe gilt von den geſellſchaftlichen Hochzielen. Der Sozialismus hat in keiner ſeiner Spielarten etwas mit einer Weltpolitik weſentlich gemeinſames, iſt ihr aber auch nicht grundſätzlich feindlich, trotz ſeiner Internationalität.

Jedenfalls halten die ſchwärmeriſchen Vertreter aller dieſer Anſchauungen dieſe ihre Ideale für viel wichtiger, als die Ziele einer nationalen Weltpolitik. Und doch irren ſie. Denn nur eine erfolgreiche Weltpolitik kann ihnen die Gewähr dafür leiſten, daß auch ihre Sonderzwecke in gedeihlicher Weiſe erfüllt werden.

Die einzige Weltanſchauung, die grundſätzlich und ihrem Weſen nach für eine Weltpolitik eintreten muß, iſt der Nationalismus, der lächerlicherweiſe heute (1896) noch vielfach als „revolutionär" bezeichnet wird (Norddeutſche Allgemeine Zeitung), während doch nichts ſo konſervativ iſt, als er.

Das Einzige, was im Fluſſe der tauſendjährigen Entwickelung Beſtand hat, iſt das Volk. Alles Andere ſind vorübergehende Zuſtände. Die Staaten, als Zuſammenfaſſungen von Völkern, kommen und gehen. Und noch viel vergänglicher ſind die Verfaſſungen der Staaten und die Zuſtände der Geſellſchaft.

Das Volk iſt auch das Einzige, was weitere Wandelungen überdauern wird. Freilich nur unter einer Vorausſetzung, nämlich der, daß es an ſich im Vergleich mit anderen maßgebenden Völkern, groß iſt, mächtig und frei. Für die Lebensbedingungen des 20. Jahrhunderts iſt aber für das deutſche Volk eine kräftige deutſche Weltpolitik die einzige Gewähr dafür, den Kampf um das Daſein zu beſtehen.

Darum tritt jeder Alldeutſche ein für eine deutſche Weltpolitik.

Andere mögen anderen Göttern opfern. Mein Hochziel, der Gegenſtand meiner Liebe und meiner Sorge iſt mein deutſches Volk.

XI. Deutscher Imperialismus.

Wir haben in den ersten Abschnitten dieses Buches zu zeigen versucht, was man heute unter Imperialismus versteht. Die Frage nun, ob auch ein deutscher Imperialismus möglich sei, wird vielleicht am klarsten, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß unsere Kolonien, die man fälschlicherweise Schutzgebiete nennt, weder als Siedelungsgebiete noch als Kultivationsgebiete etwas mit dem Imperialismus zu tun haben. Dies ist nur der Fall bei einer einzigen überseeischen Erwerbung, Kiautschou, die fälschlicherweise auch Kolonie oder Schutzgebiet genannt wird, deren Eigenart sie aber gerade zu einem Beispiel imperialistischer Ausdehnung macht. Wir haben dort keine deutsche Provinz erworben, wir besitzen dort kein Siedelungsgebiet für deutsche Auswanderer, wir können dort auch keine Kolonialwaren bauen, weder Baumwolle noch Kaffee, weder Kautschuk noch Tabak. Und wir besitzen Kiautschou auch nicht einmal zu vollem Hoheitsrechte, sondern äußerlich betrachtet, bekanntlich nur in einer 90jährigen Pacht und mit einer Abstufung von dem eigentlichen Pachtgebiet zu einem Einflußgebiet von 50 Kilometer im Kreise um die Bucht von Kiautschou und zu einem weiteren Einflußgebiete minderer Ordnung in der Provinz Schantung.[1])

Wir üben also in und um Kiautschou eine Herrschaft aus, die ähnlichen Herrschaftsgebieten Englands entspricht, die keineswegs von England als Kolonien bezeichnet zu werden pflegen. Es ist hier nicht der Ort, die weltpolitische Bedeutung von Kiautschou zu erörtern. Nur so viel sei angedeutet, daß Kiautschou ein Stützpunkt für den deutschen Handel im fernen Osten, für die deutsche Handels- und Kriegsmarine,

[1]) Eine gedrängte Uebersicht über die Geschichte und die Beweggründe der Erwerbung von Kiautschou habe ich im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, herausgegeben von Conrad, Elster, Lexis und Loening, 2. Aufl. V. Band, S. 257 ff. gegeben.

für bergbauliche und Eisenbahnunternehmungen in der Provinz Schantung und für ähnliche Zwecke sein soll. Die Erwerbung von Kiautschou fand seinerzeit den Beifall nicht nur der Kolonialfreunde, sondern auch der vieler Kolonialgegner besonders im freisinnigen Lager. Seit dem Ausgange des russisch-japanischen Krieges hat sich die Stimmung zum Teil gewandelt.[1]) Man behauptet jetzt, die Erwerbung von Kiautschou sei ein weltstrategischer Fehler gewesen, insofern schon die bekannte Ausfahrt des Prinzen Heinrich von Kiel aus am 16. Dezember 1897 nach dem fernen Osten und nach Kiautschou gezeigt habe, wie unsere Flotte bei jeder Fahrt dorthin oder von dort nach der Heimat von der Gnade der Engländer abhinge und wie heute der weitere Besitz von Kiautschou von dem guten Willen der Japaner abhängig sei. Wir können diese Frage an dieser Stelle nicht zum Austrag bringen. Aber die Gründe für die abfällige Beurteilung unseres dortigen Besitzes stimmen überein mit unserer Beurteilung imperialistischer Erwerbungen überhaupt, die uns nur da vorteilhaft und sicher zu sein scheinen, wo die Ausdehnungsgebiete nicht zu fern von der die Herrschaft ausübenden Heimat liegen.

Kiautschou soll uns hier auch nur ein Beispiel sein für die Form der überseeischen Ausdehnung, die man heute die imperialistische nennt. Denn in der Erwerbung von Kiautschou könnte sich doch nun und nimmermehr ein deutscher Imperialismus im Vergleich mit dem anderer Weltmächte erschöpfen. Es fragt sich vielmehr, ob grundsätzlich das Deutsche Reich und das deutsche Volk in der Lage sind, neben anderen Formen der weltwirtschaftlichen Ausdehnung und neben einer aktiven Kolonialpolitik auch noch eine Ausdehnung zu betätigen, die dem Imperialismus der anderen großen Weltmächte ähnelt.

Grundsätzlich müssen wir diese Frage bejahen. Und wir glauben in den vorausgehenden Teilen dieses Werkes, namentlich in dem 4. Hefte des I. Bandes den Beweis erbracht zu haben, daß in Zukunft das deutsche Volk auch zu diesen Leistungen befähigt ist. Man muß dies eigentlich schon von vornherein annehmen. Denn wenn das deutsche Volk die Mutter der Angelsachsen und gleichzeitig die Mutter und die Großmutter der Yankees ist, die im 20. Jahrhundert ganz gewiß die hauptsächlichsten Träger des Imperialismus sein werden, dann müssen auch im deutschen Volke selbst die entsprechenden Ausdehnungskräfte

[1]) Vergl. Graf Ernst zu Reventlow: Sollen wir Kiautschou aufgeben? In der „Zukunft" vom 3. August 1907.

und die erforderliche Ausdehnungslust vorhanden sein. Es müßte denn das deutsche Volk bereits altersschwach und entartet sein, was doch ganz gewiß niemand behaupten will.

Aber wir meinen, daß das Deutsche Reich und noch mehr das deutsche Volk über eine Reihe von Voraussetzungen verfügen, die für den Imperialismus notwendig sind, und deren Erreichung alle anderen wettbewerbenden Weltmächte bis jetzt wenigstens vergeblich anstreben. Am reinsten ist dies bei dem britischen Imperialismus zutage getreten. Dieser sucht bisher vergebens nach den Formen eines Bundesstaates, eines Reichsverteidigungsvereins und eines Zollvereins und wir verfügen bereits über diese drei wichtigen Dinge, so daß der in seiner Zuspitzung vielfach gegen das Deutsche Reich gerichtete[1]) britische Imperialismus ausgesprochenermaßen seine Vorbilder gerade in diesen drei deutschen Einrichtungen sucht. Das Eigentümliche besteht nur darin, daß Großbritannien seinen Imperialismus eigentlich schon betätigt hat, ehe es dazu gelangt ist, ihn zu organisieren, während wir über die Formen verfügen ohne ihnen einen, wenigstens für die Zukunft notwendigen Inhalt gegeben zu haben.

Nach unserer Ueberzeugung ist das Deutsche Reich heute, eingepreßt zwischen die Ostmächte und Westmächte, um seines Daseinswillen dazu gezwungen, sich auszudehnen. Es ist aber dazu auch in der Lage, weil es in seiner Reichsverfassung, in seiner Militärverfassung und in seiner Wirtschaftsverfassung (Zollverein) auf bundesmäßiger Grundlage beruht und diese bundesmäßige Grundlage eine Ausdehnung in den verschiedensten Abstufungen und Formen viel leichter möglich macht, als ein starrer Einheitsstaat. Demnach braucht gerade ein deutscher Imperialismus sich zu allerletzt der rohen Form der Eroberung zu bedienen, ohne aber vor der Anwendung militärischer Gewalt zur Erreichung seiner Zwecke zurückzuschrecken. Das künftige Deutsche Reich kann sich auf der Grundlage des Siedelungsgebietes des deutschen Volkes zum deutschen Nationalstaat ausgestalten, ohne fremde Völker in sein Gefüge hinein zu drängen und zu zwängen. Und wir haben die Notwendigkeit dieser Beschränkungen besonders in dem 1. und 3. Hefte des I. Bandes dieses Werkes entschieden betont. Aber wie es schon nach der Auffassung von Lamprecht zu Zeiten des alten römisch-deutschen Reiches außerhalb seiner Grenzen ein Glacis (Vorgelände) eines

[1]) Dies wird u. a. auch von dem friedlichen von Schulze-Gaevernitz anerkannt (s. S. 112).

deutschen Wirtschaftsgebietes gab, so würde es auch in Zukunft möglich sein, die Ausdehnungslust des deutschen Volkes außerhalb der Reichsgrenzen in den verschiedensten Abstufungen der kulturellen Betätigung und der wirtschaftlichen und staatlichen Herrschaftsausübung zu verwirklichen.

Die Gunst unserer Lage steigt noch dadurch, daß wir, ebenso wie Rußland und die Vereinigten Staaten von Nordamerika, die Ausdehnungsgebiete im unmittelbaren Anschluß an unser Siedelungsgebiet und an den festgefügten Kern des Heimatsstaates finden können, und daß es sich im wesentlichen nicht um gänzliche Neubildungen zu handeln braucht, sondern um die Wiederherstellung alter Beziehungen und um das Wachstum von Keimen, die im Laufe des 19. Jahrhunderts gelegt worden sind. Andererseits liegt es in der deutschen Natur, eher zu bescheiden und zu demütig, als zu stolz und zu herrschsüchtig zu sein. Demgemäß werden wir uns auch in unseren Ausdehnungsgelüsten beschränken und dadurch den Gefahren entgehen, denen alle ins Unendliche hinausstrebenden Welteroberer erlegen sind. Das deutsche Volk wird niemals ein Universalreich anstreben, d. h. einen einzigen deutschen Weltstaat, neben dem alle anderen Mächte verschwinden oder ihm dienen müssen. Nein, wir werden ebenso, wie in früheren Entwickelungszeiten eine Großmacht *neben* anderen europäischen Großmächten, in Zukunft eine Weltmacht neben anderen gleichberechtigten Weltmächten sein wollen. Aber ebenso wie wir auf die Alleinherrschaft verzichten, werden wir den auf die Weltalleinherrschaft abzielenden Gelüsten, die sich auf russischer und auf britischer Seite vielfach zeigen, mit aller Entschiedenheit, und wenn es sein muß mit Waffengewalt, entgegentreten müssen. Es ist zwar nicht wahr, daß die Erde Raum habe für alle, aber sie hat Raum für viele Große, denen freilich die Kleinen werden dienen müssen. Also der deutsche Imperialismus wird wohl die Errichtung eines deutschen *Weltstaates*, aber nicht die eines *alleinherrschenden* deutschen Weltstaates bedeuten.

Die Durchführung einer derartigen Weltpolitik wird uns erleichtert, wenn wir uns auch noch in anderer Beziehung beschränken, d. h. wenn wir staatlich betrachtet, nicht das jetzige Deutsche Reich allein zum Träger der Herrschaft machen wollen. Wie wir schon andeuteten und wie wir weiter in einem der nächsten Hefte dieses Bandes ausführlicher darzulegen gedenken, wird nicht das kleine Deutsche Reich, sondern ein mitteleuropäischer Zollverein wirtschaftlich der Träger der deutschen Weltmacht sein. Allerdings von dieser wirtschaftlichen Macht zu der

Staatsgewalt ist dann nur ein Schritt. Es fragt sich also, ob unsere ganz- oder halbdeutschen Nachbarn sich an dem deutschen Imperium als Herrschende oder Beherrschte beteiligen wollen. Wenn sie von der ersteren Möglichkeit Gebrauch machen wollen, so wird dies uns jede Art der Ausdehnung erleichtern, ihnen aber die Aufgabe einer gewissen schrankenlosen Unabhängigkeit möglich machen und es dahin kommen lassen, daß sie sich zahlreich und vielgestaltig als Kristalle an den deutschen Nationalstaat in Mitteleuropa ansetzen.

Hieraus ergibt sich schon, daß ein deutscher Imperialismus der Zukunft nichts Zäsarenhaftes an sich tragen darf. Er muß bundesstaatlich, er muß demokratisch sein, er darf nicht den an sich erwünschten Glanz der deutschen Kaiserkrone zu sehr in den Vordergrund stellen, sondern er muß auch in seinen äußeren Erscheinungsformen auf die Wohlfahrt des deutschen Volkes, der mit ihm verbündeten anderen Völker und der von ihnen allen abhängigen fremden Ausdehnungsgebiete abzielen.

Nach diesen Ausführungen brauchen wir es eigentlich kaum auszusprechen, daß das künftige deutsche Ausdehnungsgebiet zwischen den Herrschaftsgebieten des Ostens und des Westens mitten inne liegend, die an diese angrenzenden sogenannten Zwischenländer auffangen und sich von der Nordsee und Ostsee über die Niederlande und Luxemburg, und auch die Schweiz einschließend, über das ganze Donaugebiet, die Balkanhalbinsel, Kleinasien bis zum persischen Meere erstrecken muß.[1]) In diesem ganzen großen Gebiete muß der Einfluß anderer Weltmächte ausgeschaltet werden, ebenso wie etwa England in Aegypten oder in Südostafrika jeden fremden Einfluß ausgeschaltet hat. In welcher Weise die verbündeten deutschen Mächte des nördlichen Mitteleuropa ihre Herrschaft an der unteren Donau, auf dem Balkan und in Vorderasien betätigen oder nicht betätigen wollen, in welcher Form z. B. die Türkei weiter fort zu bestehen hat, ist eine Frage für sich und soll nur diese Völker und diese Staaten angehen und außer ihnen die deutschen Nordmächte, sonst aber Niemanden in der Welt.

Das ist doch ganz gewiß kein unbilliges Verlangen, wenn man an die Art und die Größe der Ausdehnung des russischen und des britischen Imperialismus denkt. Zwischen ihnen wird doch auch für

[1]) Vgl. oben Band I, Heft 3, S. 157 ff. und „Deutsche Kolonial-Reform" von einem Auslandsdeutschen S. 1469 ff. (Deutsche Zukunftsinteressen-Sphären.)

das gewaltige Deutsche Reich noch Raum genug zur Ausdehnung und Herrschaftsbetätigung bleiben!

Wenn für das Deutsche Reich überhaupt von einer Gleichberechtigung mit den anderen Weltmächten gesprochen werden soll, dann muß es u. a. auch über einen der Weltwege zwischen Europa und dem asiatischen Osten selbständig und allein verfügen. Rußland hat seine großen Eisenstraßen von Petersburg bis an die Mündung des Amur, bis nach Bochara, Samarkand und Afghanistan. England hat Frankreich die Weltstraße des Suezkanals entwunden und beherrscht deren Zugänge bei Gibraltar, Malta, Aden und Singapore. Hat da Deutschland nicht einen billigen Anspruch auf ausschließliche Beherrschung des Weges von Hamburg nach Konstantinopel und der Mündung des Euphrat und Tigris? Wenn Rußland und England wirklich nur gleichgeordnete und nicht alleinherrschende Weltstaaten sein wollen, dann müßten sie eigentlich selbst darauf hindrängen, daß zur Herstellung des Gleichgewichtes ein dritter, das Deutsche Reich über eine solche Weltstraße verfügt.

In der Tat ist die Anschauung eine weitverbreitete, daß Deutschland in Asien eine Art Pufferstellung zwischen dem russischen und dem englichen Einflußgebiet einnehmen soll.[1]) Auch von Schulze-Gaevernitz sagt dazu (S. 118):

„Ist es für das britische Reich nicht von Vorteil, wenn sich in der asiatischen Türkei das deutsche Interesse zwischen Rußland und die britische Sphäre einschiebt? Der Nutzen eines solchen Puffers an einer verwundbaren Stelle des britischen Reiches sollte deutsch-englische Handelseifersüchteleien zum Schweigen bringen. Eine in deutschen Händen befindliche Bagdadbahn wäre augenscheinlich ein Grenzwall Englands gegenüber russischen Expansionsbestrebungen, die sich unter kirchlichem Gewande in Syrien, Palästina, Abessinien geltend machten. Daß Rußland auch den afrikanischen Kontinent nicht außerhalb seiner Berechnung läßt, zeigt die Tatsache, daß es eine nähere Verbindung der orthodoxen mit der abessinischen Kirche anstrebt. Liegt es wirklich im Interesse des britischen Reiches, dem Ausdehnungsbedürfnis Deutschlands überall hemmend in den Weg zu treten, selbst dort, wo es sich, wie im vorderen Asien, um rein wirtschaftliche Bestrebungen handelt?"

Nach unserer Meinung trifft dies zu, aber es ist nicht ausschlaggebend. Denn wir sollten eine derartige Stellung nicht deshalb einnehmen, weil sie nützlich ist für Rußland oder für England oder für beide.

---

[1]) Vergl. oben Bd. I., Heft 3, S. 157.

Von dieser unglücklichen Meinung, daß wir dazu da sind, um die Vorteile anderer zu wahren, müssen wir endlich, endlich loskommen. Nein, wir können, dürfen und müssen den für uns geeignetsten Teil der Welt als ausschließliches Einflußgebiet für uns in Anspruch nehmen. Und dieser Teil der Welt ist Mitteleuropa und Vorderasien, wobei es aber gar nicht ausgeschlossen zu sein braucht, daß wir unsere anderen Erwerbungen in der Welt festhalten und vermehren. Auch wenn wir dies in ausgiebigstem Maßstabe tun, werden wir noch weit hinter dem Landerwerb aller wettbewerbenden Weltmächte zurückbleiben.

Ehe es dazu kommt, müssen wir uns freilich von der unglückseligen Lehre der Offenen Tür losmachen, die heute unsere amtliche Politik noch beherrscht, wir wollen hoffen, nicht aus Ueberzeugung, sondern aus Verlegenheit. Mit dieser Lehre der Offenen Tür müssen wir schon deshalb brechen, weil sie die niedrigste Form, die der Duldung auf der Stufenleiter der Ausdehnung darstellt. Lieber Beschränkung auf einen engeren Raum, aber volle Beherrschung dieses Raumes unter Ausschluß fremder Staatsgewalt.

Schon ganz äußerlich betrachtet ist es doch ein Widerspruch, wenn wir seit 1878 in der heimischen Handelspolitik zum Schutzsystem übergegangen sind und in unserer auswärtigen Wirtschaftspolitik noch immer an der „Offenen Tür," einer neuen Auflage der freihändlerischen Lehre festhalten. Schutzmaßregeln in der Heimat aber brauchen wir jetzt vielleicht weniger zum Zwecke der Entwickelung unseres Gewerbefleißes, als um in der Lage zu sein, einige dieser Zölle oder sonstiger Schutzmaßregeln zugunsten derer fallen zu lassen, die uns begünstigen. Derartige Maßregeln müßten allerdings mit großer Vorsicht zur Anwendung gelangen. So wäre es eine Torheit ohnegleichen, wenn wir in Nachahmung des englischen Beispieles eine der britischen Navigationsakte ähnliche Bestimmung treffen wollten, da wir das, was hierdurch erreicht werden könnte, längst besitzen (vgl. oben S. 42).

Wir brauchen Land, und zwar nicht nur Kolonien, wir brauchen Land, auch wenn es von Fremden bewohnt wird, um dessen Zukunft nach unseren Bedürfnissen gestalten zu können. Darum weg mit der Lehre von der Offenen Tür, einer Lehre des Vogel Strauß, einer Lehre der Unaufrichtigkeit und der Schwäche, einer Rückständigkeit und eines Restes der überwundenen Manchesterlehre.

Gleichberechtigung nicht in fremden Abhängigkeitsgebieten, sondern Gleichberechtigung mit anderen Weltmächten auf den Besitz ausschließlicher Abhängigkeitsgebiete, Ellbogenfreiheit, Ausdehnung, Land!

Zu einem anderen Ergebnis gelangt Prof. Friedrich Paulsen[1]) in Berlin bei Erörterung der Probleme der Weltpolitik, nämlich zu dem Ergebnis, daß das Deutsche Reich auf eine Weltpolitik zugunsten der Menschheit verzichten muß, daß es in derselben Zeit, in der alle anderen Weltmächte Ausdehnungspolitik treiben, ausschließlich Friedenspolitik betreiben muß. Es ist die alte falsche Gegenüberstellung der Friedensfreunde, es ist aber auch die alte Mahnung an die falsche Adresse, nämlich an Deutschland. Paulsen erkennt an, daß die Erde Raum für beide Völker, nämlich für Deutschland und England habe. Er folgert aber daraus — daß nur England diesen Raum besitzen dürfe, Deutschland aber auf jede Weltmachtstellung verzichten und lediglich Friedensschalmeien blasen müsse. Paulsen sagt etwa:

„Die politische Lage der Gegenwart ist durch zwei Stücke charakterisiert. Das erste ist, daß auf dem Theater der europäischen Politik das deutsche und das britische Reich jetzt die Rollen der Protagonisten spielen. Es ist nicht zu verkennen, daß damit zwischen ihnen eine gewisse Spannung gesetzt ist: Protagonisten sind durch die Natur der Dinge in gewissem Sinne zugleich Antagonisten. Das zweite ist: die Erweiterung des Schauplatzes der großen Politik. Vor allem sind zwei neue Weltmächte in den Kreis der alten sogenannten Großmächte eingetreten: die Vereinigten Staaten und Japan. Beide stehen jetzt mit in der vordersten Reihe in der Weltpolitik. Fast könnte es den Anschein haben, als sei der Atlantische Ozean in seiner Rolle als neues „Mittelmeer" schon durch den größeren Ozean zwischen Amerika und Ostasien bedroht: vier Weltmächte rivalisieren hier um den vorwiegenden Einfluß: England, Japan, die Union und Rußland.

Damit erheben sich vor unsern Augen die großen Probleme der Zukunft. Wird Europa die Stellung gegenüber den andern Kontinenten, die es in den vier Jahrhunderten seit dem Ausgang des Mittelalters gewonnen hat, festzuhalten imstande sein? Oder ist der Tag im Anzug, der die alten Herrenvölker depossediert, der der Union oder der durch Japan organisierten und geführten „gelben Rasse" die herrschende Stellung in der Weltpolitik zuweist? Und das zweite, uns noch unmittelbarer angehende Problem: Wird die Spannung zwischen England und Deutschland innerhalb der Grenzen friedlichen Wettbewerbs bleiben? Oder wird England, ähnlich wie Frankreich 1870, das Aufsteigen der konkurrierenden Macht nicht ertragen zu können meinen und mit Waffengewalt sein Fortschreiten zum Stehen zu bringen unternehmen?

Wir vermögen die Frage nicht zu beantworten, unser Blick dringt nicht durch das Dunkel, das über der Zukunft liegt. Doch dürfen wir Hoffnungen Ausdruck geben, wie sie auch Dietrich Schäfer andeutet. Daß das deutsche Volk

[1]) Friedrich Paulsen veröffentlichte in der von Prof. Hinneberg herausgegebenen „Internationalen Wochenschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik" vom 26. Oktober 1907 eine längere Arbeit, die ausgehend von Dietrich Schäfers Weltgeschichte der Neuzeit in Betrachtungen über die Probleme der Weltpolitik gipfelt.

in Frieden leben und seinen großen Kulturaufgaben sich widmen will, ist außer Zweifel; „es verlangt nichts, was andere Nationen geben müßten; seine Friedensliebe kann ehrlicherweise nicht bezweifelt werden". Phantasien von einer Ausdehnungspolitik, die auf Deutsch-Oesterreich, die deutsche Schweiz, etwa auch noch auf die Niederlande und Dänemark sich erstreckte, mögen hie und da in einem aufgeregten Kopf spuken: sie werden in Deutschland nirgends ernst genommen. Mit einer Zurückhaltung, wie sie noch niemals von einer so starken Militärmacht beobachtet worden ist, hat das Deutsche Reich europäische „Fragen" aufzuwerfen vermieden: nichts von Rheinmündungen, nichts von Ostseeausgängen, nichts von einer „deutschen Frage" in Oesterreich-Ungarn; selbst Herausforderungen und Feindseligkeiten gegen den deutschen Namen werden mit einem Gleichmut übersehen, als ob es für das Deutsche Reich außerhalb der eigenen Grenzen keine Aufgaben geben könne. (Leider! E. H.)

Man wird hoffen und glauben dürfen, daß auch das englische Volk sich von dem Friedenswillen des deutschen Volkes überzeugt, und ferner, daß es mit wachsender Klarheit erkennt, daß Deutschlands Aufsteigen für seine Handels- und Absatzinteressen zwar da und dort unbequem sein mag, für seine Weltstellung aber keine Bedrohung ist. Es ist für beide Völker Raum auf der Erde. Und, das ist meine innigste Ueberzeugung, die Niederwerfung des einen wäre kein Gewinn für das andere. Ein Krieg zwischen ihnen wäre ein selbstmörderischer Wahnwitz. Wenn es Deutschland, wider alle Wahrscheinlichkeit, gelänge, die englische Macht niederzuwerfen: es würde nicht Englands Erbe in seiner Weltstellung sein; es würde nicht in Indien und nicht in Afrika an seine Stelle treten. Die Folge wäre lediglich die Schwächung der Machtstellung Gesamteuropas gegenüber den außereuropäischen Mächten, wohin mit einigem Recht auch Rußland gerechnet werden kann. Und derselbe Erfolg würde letzten Endes auch in dem umgekehrten Fall eintreten, daß es England etwa im Bunde mit Frankreich gelänge, die deutsche Entwickelung durch entscheidende Schläge zu brechen. Da das deutsche Volk nicht überhaupt ums Leben gebracht werden kann, so müßte von diesem Augenblick an seine Politik ausschließlich darauf gerichtet sein: um jeden Preis, unter den größten Opfern, mit jedem Verbündeten, der zu haben wäre, England niederzuringen, das seine Seegewalt mißbrauchte, andern Völkern das Leben zu unterbinden. Auch so wäre Europa in seiner Aktion nach außen lahm gelegt. Will Europa seine Weltstellung sich erhalten, so muß es sich angesichts der neuen Lage der Dinge entschließen, seine heimischen Streitigkeiten zurückzustellen.

Die beiden Probleme der äußeren Politik sind also, wie man sieht, im Grunde eines: der Uebergang von der Politik des internen Krieges zu einer Politik des Friedens und, wenn möglich, der Kooperation zwischen den europäischen Mächten ist die Bedingung für die Erhaltung der Stellung, welche die europäische Menschheit sich und ihrer Kultur auf Erden gewonnen hat."

Die Unterstellung, als ob die „aufgeregten Köpfe", von denen Paulsen spricht, einen Krieg zur „Niederwerfung" Englands führen wollten, ist schon deshalb unbegründet, weil diese angeblich aufgeregten Köpfe unseres Wissens niemals daran gedacht haben, einen Angriffskrieg gegen Großbritannien zu führen oder ihm irgend etwas von dem Besitze zu ent-

reißen, den sich Großbritannien zu Recht oder Unrecht auf der Welt gesichert hat. Sie wünschen vielmehr, daß Deutschland in seiner Entwickelung von Großbritannien ebenso in Ruhe gelassen wird, wie Großbritannien von jeher von Deutschland in Ruhe gelassen wurde.

Das deutsche Volk hat sich als letztes unter allen großen Kulturvölkern der Erde seit 1884 an der Kolonisation beteiligt. Und erklärlicherweise sind ihm nicht gerade die besten Kolonialgebiete übrig geblieben. Wie es scheint, will das Deutsche Reich auch auf dem Gebiete des Imperialismus zögern, bis alle anderen Weltmächte sich Einflußgebiete geschaffen haben und dem Deutschen Reiche deshalb nur das übrig bleibt, was andere verschmähen. Gewiß ist es niemals ganz zu spät für vernünftige Entschlüsse. Und auch 1884 war für den Beginn einer deutschen Kolonialpolitik nicht zu spät. Aber angesichts der Machtstellung des Deutschen Reiches, der Kultur, der Kraft, der Ausdehnungsfähigkeit und der Ausdehnungslust des deutschen Volkes besteht doch eigentlich kein vernünftiger Grund dafür, daß wir Deutschen noch immer in den Wolken über der „Offenen Tür" schweben, statt uns gleich anderen Weltmächten die für unsere wirtschaftliche und kulturelle Betätigung nötigen Gebiete der Erde schon jetzt zu sichern. Wir sehen, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika die beiden amerikanischen Festländer und den Stillen Ozean als ihr Herrschaftsgebiet in Anspruch nehmen, wir sehen, wie Frankreich und England sich in bezug auf die Abgrenzung ihres Einflußgebietes in Afrika verständigt haben, wie selbst die bisher feindlichen Mächte Japan und Rußland sich im Jahre 1907 in bezug auf den fernen Osten und Rußland und England in bezug auf Mittelasien über ihre Einflußgebiete verständigt haben. Auch Rußland und Oesterreich-Ungarn haben sich, wenn auch nur vorübergehend und teilweise in bezug auf das Balkangebiet verständigt, ganz besonders belangreich ist aber die Tatsache und die Art der Verständigung zwischen Frankreich und England und Italien in bezug auf die Teilung Abessiniens. In dem Vertrage zwischen den drei Mächten vom 14. Dezember 1906 ist zunächst freilich in der üblichen heuchlerischen Weise von der Gewährleistung des bisherigen Zustandes und von der offenen Tür die Rede. Dieser Vertrag enthält aber außer den veröffentlichten 3 Artikeln noch einen geheimen vierten, der mit den Worten schließt:

> „Es ist für Großbritannien, Frankreich und Italien von vielleicht vitaler Wichtigkeit, daß keine andere Weltmacht außer ihnen selbst das Recht haben soll, die politische Lage

im Roten Meer und in Nordafrika durch die Erwerbung irgend eines politischen Rechtes zur Einmischung im äthiopischen Reiche noch zu komplizieren."

Dieser Geheimvertrag sollte vorbildlich für das Deutsche Reich und das mit ihm verbündete Donaureich werden. Gerade weil diese Verständigungen im letzten Grunde gegen die wirtschaftliche Ausdehnung Deutschlands gerichtet sind. Warum wollen und können beide zusammen sich nicht auch in einer Weise über die Zukunft des Balkans und Kleinasiens, vielleicht einschließlich Arabiens verständigen, die auch jeder anderen Weltmacht das Recht bestreitet, die politische Lage dieser Gebiete durch ihre Einmischung noch zu komplizieren?

Wir legen geringeres Gewicht darauf, daß das Einflußgebiet der mitteleuropäischen Großmächte und des künftigen Mitteleuropäischen Zollvereins sich gerade in diesen Grenzen bewegt. Aber mit aller Entschiedenheit muß betont werden, daß ein deutscher Imperialismus Farbe bekenne und grundsätzlich die Maßregeln ergreife, die alle anderen Weltmächte für notwendig und zulässig erachten. Daß diese Maßregeln territorialer Natur sein müssen und daß man sich nicht etwa durch sogenannte Kompensationen auf dem Gebiete der Börse abspeisen läßt, wie der Beteiligung des französischen Kapitals an deutschen Anleihen oder Unternehmungen (Bagdadbahn).

Das Zeitalter eigentlicher kolonialer Erwerbungen scheint mehr oder weniger abgeschlossen zu sein. Es beginnt jetzt eine andere Form der Aufteilung der Welt. Möchten wir hierbei nicht auch wieder zu spät oder wenigstens unnötig spät kommen. Wir können es einem künftigen Geschlechte überlassen, die Organisationen für ein großes deutsches Herrschaftsgebiet zu finden, das neben dem deutschen Nationalstaat nach den fernsten Grenzen hin Abstufungen aller Art ermöglicht. Aber dieses Gebiet müssen wir noch selbst erwerben, ein Gebiet, das uns und unseren Nachkommen das sichert, was wir brauchen: Ausdehnung, Entwickelungsfreiheit, Abhängigkeitsgebiete,

Land!

3 2044 024 510 604

THE BORROWER WILL BE CHARGED AN OVERDUE FEE IF THIS BOOK IS NOT RETURNED TO THE LIBRARY ON OR BEFORE THE LAST DATE STAMPED BELOW. NON-RECEIPT OF OVERDUE NOTICES DOES NOT EXEMPT THE BORROWER FROM OVERDUE FEES.

CANCELLED
BOOK DUE
DEC - 2 1988
FEB 7 1
2820775

WIDENER
MAY 13 2005
CANCELLED
BOOK DUE

WIDENER
MAY 29 1994
CANCELLED